

25. IX. 1929

Stadts  
Büch

Jahrgang IX Nr. 18

2. Septemberheft 1929

# Der Heimatsdienst



Zweitausend Jahre Kampf um den Rhein

## Nach der Haager Konferenz.

Von Adolf Grabowsky.

Ich habe manche politischen Konferenzen mitgemacht, aber noch keine, die auch nur annähernd der Haager geglichen hätte. Zunächst war schon die Spannung vorher ganz ungewöhnlich. Die Genfer Völkerverbündungen haben, auch wenn wichtige Themen auf der Tagesordnung stehen, doch nicht mehr den Reiz des Unerwartlichen: sie erscheinen im Kalender wie Öfen oder Pfingsten, und auch die Genfer Atmosphäre mit ihren großen und kleinen Kompromissen ist schon ein gewohntes Ding geworden. Beim Haag wurde man überhaupt nicht, welche Luft man vorfinden würde, und gerade das hatte für die Wahl des Haag den Ausschlag gegeben. Man erinnert sich, wie sehr im Juli über den Tagungsort gestritten wurde — nun, man erkannte schließlich allgemein, daß für die wichtigste Konferenz nach dem Kriege, für diese Konferenz, die der endgültigen Liquidation des Weltkrieges dienen sollte, ein völlig unbelasteter Tagungsort gewählt werden müsse. Man hat, um es gleich zu sagen, in dieser Hinsicht die Wahl des Haag nicht zu bereuen gehabt. Auf der Konferenz wurde erzählt, Briand fühle sich nicht wohl, weil die rechte Sympathie für Frankreich nicht vorhanden sei. Gewiß, es war für niemanden und nichts ausgesprochene Sympathie vorhanden, und gerade das war das Gute. Die Holländer hielten sich sehr vorsichtig im Hintergrund, sie erwiesen sich als ausgezeichnete Gastgeber, die durch zahlreiche Einladungen den Delegierten und der internationalen Presse schöne Stunden verschafften, politisch aber sich hielten, irgendeine Partei zu nehmen. Diese Haltung war der Spiegel der Haltung Hollands in der Weltpolitik: es kann in keiner exponierten europäischen Lage und mit seinen herrlichen indischen Besitzungen nur bestehen, wenn es sich keiner Großmacht in die Arme wirft. Diese objektive Atmosphäre wurde aber dadurch im Haag noch ins betont Friedliche gesteigert, daß sich der auf Kosten Carnegies errichtete Friedenspalast mit dem Internationalen Schiedsgericht und dem Ständigen Gerichtshof des Völkerbundes in dieser Stadt befindet. Wenn man nach Scheveningen fuhr, kam man meistens an dem roten Backsteinbau des Palastes vorbei. Er ist nicht gerade geschmacklos, aber in seiner Vorkriegsarchitektur auch nicht eben schön, und man kann ihn als Symbol einer Zeit nehmen, die mit noch recht unzulänglichen Mitteln die Friedensidee verfolgte. Immerhin, im Schatten des Friedenspalastes kann man nicht gut eine unferdieliche Politik machen.

Man war auch in den ersten Tagen der Haager Konferenz fest davon überzeugt, daß die Verhandlungen in nicht zu ferne Zeit mit einem günstigen Ergebnis schließen müßten. Dann kam der immer anwachsende Streit unter den früheren Alliierten über die Verteilung der Beute, und die Hartnäckigkeit des englischen Schatzkammers brachte Krise nach Krise. Man kann es sich nicht vorstellen, wie das Barometer der Stimmung schwankte, tiefer Pessimismus wechselte jäh mit dem ursprünglichen Optimismus, und dazwischen schlug immer wieder eine Mittelmeinung durch, wonach die Konferenz zwar nicht mit einem definitiven Ergebnis, aber doch mit einem Provisorium auseinandergehen würde. Noch wenige Tage vor dem Konferenzschluß wurde der Wit kolportiert, die Konferenz seihe drei Tage vor ihrem Anfang. In der Tat, dieser Kampf um die Quoten hätte vor Zusammentritt der Konferenz in diplomatischen Verhandlungen beigelegt werden müssen. Und doch: die Konferenz mußte mit einem wirklichen Resultat enden, weil alle Hauptinteressenten, Frankreich, England, Italien, Belgien, aber auch Deutschland den dringenden Wunsch danach hatten. Die französische Kammer hatte das Schulabkommen mit den Vereinigten Staaten nur ratifiziert, weil die Regierung ihr erklärt hatte, die Summen würden bestimmt von Deutschland eintommen; in England konnte es sich gerade eine Labour-Regierung nicht leisten, mit dem Brandmal von der Konferenz zu scheiden, die Befreiung Europas labotriert zu haben; Italien und Belgien aber haben mit dem Haagerplan ein so gutes Geschäft gemacht, daß kein anderer Plan ihnen etwas Besseres besichert hätte. Und was schließlich Deutsch-

land betrifft, so mußten drei Erwägungen entscheidend ins Gewicht fallen: die Annuität des Haagerplans ist geringer als die des Dawesplans, das System der Pfänder und Kontrollen wird abgeschafft, Deutschland erhält also seine wirtschaftliche Souveränität wieder, und drittens erhält es auch durch die Räumung des Rheinlandes, die für uns die unumgängliche Voraussetzung der Annahme des Haagerplans war, aufs neue seine territoriale Souveränität. Wenn MacDonald kürzlich in Genf gesagt hat, der Erfolg der Haager Konferenz sei niemals fraglich gemeint, so hat er nur ausgesprochen, was bei allem Zirkus der Verhandlungen, bei allem Pessimismus des Tages doch stets die Gemüter der Teilnehmer bewegte: die Konferenz wird gelingen, weil sie glücken muß. Sein Schatzkammer freilich hat sich zeitweilig so benommen, daß man ihn für sehr viel gleichgültiger hielt. Aber das hatte vor allem innerpolitische Gründe.

Diese Konferenz ist mehr als irgendeine andere der letzten Zeit von innerpolitischen Erwägungen beherrscht worden, und doch hat sich am Ende gerade hier der Vorrang der Außenpolitik vor der Innenpolitik siegreich durchgesetzt. Snoudens Haltung ist bestimmt worden durch die sehr unsichere Stellung des Labourkabinetts, das, wie man weiß, jederzeit im Parlament gestürzt werden kann. Das erste Kabinett MacDonalds ist vor fünf Jahren daran gescheitert, daß die öffentliche Meinung Englands geglaubt hat, es verfolge mehr internationale als national-britische Ziele; das neue Kabinett wollte erweisen, daß ihm stärker noch als der konservativen Regierung die Wahrung der britischen Ehre und der britischen Selbständigkeit am Herzen liege. Es kam Snoudens wirklich nicht auf die paar Millionen an, sondern nur auf dies Prinzip. Auf gleichen innerpolitischen Pfaden wandelte Briand. Er erklärte im Haag wieder und wieder, daß er vor seine Kammer nicht treten könne, wenn er nicht das und das durchsetze, und er deutete dabei an, daß eine neue Regierung sehr wohl scharf rechtsgerichtet und wenig zu friedensfreundlichen Konzeptionen geneigt sein könne. Mussolini wieder wollte ebenfalls aus innerpolitischen Gründen den Erfolg, den er im Haagerplan davongetragen hatte, nicht gefährdet wissen. Bei solcher fülle innerpolitischer Erwägungen war natürlich auch die deutsche Delegation genötigt, darauf aufmerksam zu machen, daß das jetzige Kabinett mit unseren finanziellen und territorialen Mindestforderungen seihe und falle.

Welches waren nun diese Forderungen? Zunächst haben wir sehr bestimmt herangezogen, daß erhöhte Zahlungen für uns nicht in Frage kämen. Die Belastung durch den Haagerplan stelle in der Tat das Äußerste dar, was uns zugemutet werden kann, und es ist sehr fraglich, ob wir sie auf die Dauer werden leisten können. Hätte die Pariser Reparationskonferenz nicht unter dem Eindruck des kurz vorher ergangenen günstigen Berichts des Reparationsagenten Parer Gilbert gefanden, so hätte man uns wahrscheinlich geringere Annuitäten zugebilligt. Die Konferenz hat ein halbes Jahr zu früh stattgefunden, zu einer Zeit, da die verschlechterte Wirtschaftslage Deutschlands noch nicht so deutlich sichtbar war. Wir mußten also den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung unter den Gläubigern nicht auf unsere Kosten gehen dürfe. Die Frage ist nun, ob die finanziellen Zugeständnisse, die Deutschland in letzter Minute gemacht hat, nicht doch eine Abwechslung von diesem Grundsatz bedeuten. Die Opposition bekauptet es und wir können uns noch auf manche Diskussion darüber gefaßt machen. In Wahrheit jedoch haben wir zwar eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, aber nur solche, die in jeder Verhandlung üblich sind, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Es wäre sicherlich besser, diese Zugeständnisse wären nicht erfolgt, aber unmöglich hätten wir die Konferenz daran scheitern lassen dürfen. Unser hauptzugeständnis besteht darin, daß wir die Veränderungen angenommen haben, die an den ungeschätzten Annuitäten des Haagerplanes vorgenommen wurden, wobei jedoch die Endsumme dieser Annuitäten unverändert geblieben

ist. Es sind 42 Millionen mehr in den ersten zwanzig Jahren gegen eine entsprechende Herabsetzung in den letzten zwanzig. Gewiß, man kann die Meinung vertreten, daß die ersten zwanzig Jahre entscheidend sind, einmal, weil man heute noch nicht weiß, was in den letzten zwanzig geschehen wird, dann aber auch, weil Deutschland gerade in den beiden nächsten Jahrzehnten noch alle Mühe haben wird, zu breiten zu kommen; aber man muß doch immer bedenken, daß, da die Entsumme un verändert bleibt, die Privatisierung und Mobilisierung der ungeklärten deutschen Annuitäten nicht zu einem höheren Betrage möglich ist als vordem. Das scheint mir der maßgebende Gesichtspunkt. Unsere anderen Konzeptionen, daß wir aus dem Überschußbetrag des Dawesplans nichts fordern, daß wir auf die Erhaltung der Besatzungsschäden verzichten und daß wir zur Deduktion der Kosten der Besatzungsarmeen und Kommissionen nach dem 1. September beitragen, sind weit weniger bedeutsam. Sicherlich hätten wir eine erhebliche Summe für die Besatzungsschäden erhalten können, aber wir haben auch bei der Räumung der ersten Zone gesehen, zu welchen unangenehmen Weiterungen dieser ganz Rechnungsproseß führt. Noch heute behaupten die Engländer, sie hätten bei dieser Gelegenheit zu viel gezahlt, und das hat eine gewisse Verstim mung bei ihnen zurückgelassen. Außerdem streichen die Alliierten ihrerseits die Vorküßle, die Deutschland zur Begleichung der Besatzungsschäden durch den Reparationsagenten überwießen wurden. In bezug auf die Besatzungsstellen nach dem 1. September aber wird ein gemeinsamer Fonds von 60 Millionen gebildet, in den Deutschland ein für allemal 50 Millionen Goldmark zahlt, es hat also nur die Aufbringung von 10 v. H. dieses Fonds übernommen und hat dabei die Sicherheit, daß Frankreich, schon damit es nicht nachträglich mehr als veranschlagt zu zahlen hat, sich mit der Räumung beilen wird.

Diese Räumung hat bis Ende Juni 1930 auf jeden Fall vollkommen beendet zu sein. Deutschland hatte einen Termin ein paar Monate früher vorgeschlagen, Frankreich einen Termin ein paar Monate später, man hat sich auf die Mitte geeinigt und hat immer noch die Ernennung, daß das Rheinland vierzehnhalf Jahre früher frei wird als im Versailles Vertrag vorgesehen; ganz abgesehen davon, daß Frankreich sich bis in die neueste Zeit immer wieder einmal auf den Standpunkt gestellt hat, der Kauf der Räumungsrisiken habe überhaupt noch nicht begonnen. Gewiß, die zweite Zone hätte obnehm im Januar 1930 geräumt werden müssen und sie wird nur ein Vierteljahr früher frei, aber es ist niemals zu ver gessen, daß die dritte Zone die bei weitem wichtigste ist. Dabei ist die berichtigte Commission de conciliation et de constata tion befestigt, und dies ist nun eine Konzeption, die Briand gemacht hat, größer als irgendeine von deutscher Seite. Über Differenzen in der Auslegung der Artikel 42 und 43 des Versailles Vertrages, das heißt über Vorgänge in den geräumten und entmilitarisierten Gebieten des Rheinlandes, entscheidet nun keinerlei neue Kommission, vielmehr nur die im Locarno-Vertrag geschaffenen Organe der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Vergleichskommission mit un verändertem Verfahren und unveränderten Befugnissen. Wenn die Opposition behauptet, die ständigen Vergleichskommissionen des Locarnovertrages hätten bisher Kontrollbefugnisse gemäß Art. 42 und 43 des Versailles Vertrages (Entmilitarisierung des Rheinlandes) nicht gehabt, vielmehr sei für Entmilitarisierungsfragen nur der Völkerrundrat nach Art. 4 des Locarnovertrages zuständig gewesen, so steht diese Auffassung insbesondere mit dem Wortlaut von Art. 1 des Schiedsabkommens (Anlagen B und C des Locarnovertrages) in vollem Widerspruch, zumal wenn man bedenkt, daß der Locarnovertrag seinem Wesen und seiner Entstehung nach im Kern ein Rhein pakt ist und daß bei allen Rheinpaktbestrebungen stets die Entmilitarisierung des Rheinlandes einen der wichtigsten Punkte bildete. Im Haag hat sich Briand noch eine Stellung an den Gedanken geklammert, es könnten die beiden Locarno-Kommissionen zu einer einzigen zusammengelegt werden, aber auch das ist vereitelt worden. Neben diesen Kommissionen steht es beiden Teilen frei, den Völkerrundrat anzurufen, dessen Be-

fugnisse nach Artikel 213 des Versailles Vertrages ebenfalls un verändert bleiben. Wird auch nur von einer Macht gemäß Artikel 4 des Locarnopaktes an den Völkerrundrat appelliert, so besteht die Möglichkeit, daß damit die Vergleichskommissionen ausgeschaltet werden.

Briand hat sich sogar soweit überwinden, daß er in der Schlussfugung der politischen Kommission der Haager Konferenz am 29. August erklärt hat, niemals habe Frankreich daran gedacht, eine Militärkontrolle über das Rheinland zu er richten, und er verzehe sie wohl die Ablehnung, die auf deutscher Seite der Kontrollfrage erfahren habe. Es ist kein Zweifel, daß Briand diese Äußerung getan hat, um neben der Großzügigkeit der Engländer in der Räumungsfrage — namentlich ist hier die Energie des Außenministers Henderson zu erwähnen — nicht allzu kleinlich zu erscheinen. War schon die Kontrollkommission, auf die man sich so sehr gestützt hatte, nicht durchzudringen, so wollte man wenigstens gute Miene zum bösen Spiel machen.

Ein für uns allseitiges Ergebnis ist darin zu erblicken, daß die Trabanten Frankreichs, namentlich Polen und die Tschechoslowakei, auf der Haager Konferenz überhaupt keine Rolle spielen. Es ist möglich, daß der polnische Außenminister Galeski wegen der verhältnismäßig schnellen Rheinlandsräumung und des Verzichtes auf die Kontrollkommission noch recht große Unbequemlichkeiten zu bestehen haben wird; und er wird so vielleicht das ausbaden müssen, was Briand konzediert hat. Die polnische Presse ist bereits angefüllt mit Klagen, daß mit diesen Konzeptionen ein wichtiger Schutz gerade Polens dahin sei. Es ist zu vermuten, daß Galeski im Haag Briand in der von ihm gewünschten Richtung unablässig bearbeitete, aber nur mit dem Erfolg, daß am Schlusse der Konferenz in einem nichtsagenden offiziellen Kommuniqué festgestellt wurde, daß zwischen Frankreich und Polen nach wie vor engstes Einvernehmen herrsche und daß Frankreich Zuforderungen zum Vorteil der wirtschaftlichen Entwidlung Polens gemacht habe.

Weißt noch die Saargefrage. Es wird der deutschen Delegation vorgeworfen, es sei in der Vereinigung des Saarproblems gar nichts im Haag geschehen. Nun kann man nach Abschluß der Konferenz ruhig sagen, daß nur Vorbereitendes in dieser Frage erwartet werden konnte, nichts Entscheidendes, denn sie gehört nun einmal nicht in den Komplex der Probleme, die mit dem Youngplan u n n i t e l b a r in Verbindung stehen. Aber es ist doch schließlich erreicht worden, daß Frankreich nahe, wahrscheinlich schon in kürzester Frist beginnende Verhandlungen mit Deutschland über die Saar konzediert hat. In der Tat, es ist eine Frage, die zwischen Deutschland und Frankreich allein gelöst werden muß. Und sie wird gelöst werden, dafür bürgt die Tatsache, daß Frankreich sich nicht einer katastrophalen Niederlage bei einer Volksabstimmung 1935 aussetzen wird. Es weiß genau, daß ihm das Saarbeben politisch verloren ist, und es will nur noch dies Gebiet von 800 000 konjunkturelligen Einwohnern als Abgabebiet für französische Induzierbarren erhalten wissen. Dies ist ihm der springende Punkt, wozogen die Kohlenproduktion des Saar bebens für Frankreich erheblich zurücktritt. Mit anderen Worten: die Saargefrage ist, wenn man sie genau betrachtet, gar keine politische Frage mehr, sondern nur noch ein Wirtschaftsproble m, und auch nur ein partielles Wirtschaftsproble m. Wir bestehen freilich darauf, daß es baldigst gelöst wird, weil die Liquidierung des Krieges mit der Lösung der Saargefrage erst wirklich vollständig ist. Insofern hängt nun doch das Saarproblem, wenn es auch mit dem Youngplan nichts zu tun hat, mit der Haager Konferenz eng zusammen. Die Regelung der Saargefrage hat sich unter allen Umständen an den Haag anzuschließen.

Damit die Abmachungen der Rheinlandsräumung in Kraft treten, ist die Ratifizierung der finanziellen Bestimmungen durch das deutsche und das französische Parlament notwendig, aber nur durch diese beiden Parlamente. Auch ist keine Rede mehr davon, daß zuerst einmal der umgeschüttete Teil der Annuitäten mobilisiert sein muß oder auch nur der auf Frankreich

entfallende Teil dieser Annuitäten. Mit Sicherheit ist darauf zu rechnen, daß sowohl im deutschen wie im französischen Parlament heftige Opposition gegen die Haager Abmachungen wie gegen den Haager Plan zum Ausdruck kommen wird. In dessen, die Zwangsläufigkeit der Verhältnisse wird schließlich in allen beteiligten Parlamenten die erforderlichen Mehrheiten schaffen.

Im Haag verzichtete man so gut wie ganz auf öffentliche Sitzungen, aber die geheimen, die man abhielt, waren nun nicht einmal geheim. Bald wurden große, bald kleine Communiqués darüber veröffentlicht, bald unterrichteten die Pressechefs der Delegationen ihre Journalisten, bald veranstaltete ein Minister einen Empfang und gab mehr oder weniger offizielle Erklärungen. Schließlich aber hielt man auch kaum noch mehr Geheimkonferenzen ab, sondern alles löste sich auf in

private und privateste Besprechungen. Dazu die Kriegerhaftigkeit des Haager Weichbildes, zu dem auch Schweden gehört. Verspreit wohnten die Delegationen, verstreut die Journalisten. Der Binnenhof als allgemeiner Versammlungsort wurde immer mehr ausgehalten, selbst in Vororten oder auf Wagenfahrten fanden wichtige Besprechungen statt.

Wenn unter diesen Umständen ein doch noch leidliches Ergebnis im Haag zustande kam, an dem nur technische Einzelheiten, wie vor allem die Organisation der Bank für internationale Zahlungen, noch fehlen, so ist das ein letzter Beweis für die innere Notwendigkeit eines positiven Ausgangs. Wir wollen aber auch nicht die Arbeit der deutschen Delegation veressen, die, mit dem Reichsaußenminister an der Spitze, herausgeholt hat, was irgend herauszuholen war.

## Der Rhein ist keine Grenze.

Von Karl Schwendemann.

Wenn man vergleichend deutsche und französische Geschichte studiert, ist man immer wieder beeindruckt zu sehen, mit welcher Geradlinigkeit und Konsequenz sich die französische Entwicklung vollzogen hat und wie gebrochen daneben die deutsche Linie verläuft. Ähnlich eindrucksvoll ist auch die Einseitigkeit der Gesichtspunkte, unter dem die französische Geschichtsschreibung die Geschichte Frankreichs sieht und die harte Verschiedenheit der Blickrichtung der deutschen Geschichtsschreibung und deren gerade in neuester



Trümmer des Kaiserpalastes in Trier

Zeit vielfach sich ändernde Einstellung. Wirklich, Frankreich war glücklicher als Deutschland! In unergleichlich günstigerer geographischer Lage, hat es als erste der europäischen Nationen die nationale Einheit gefunden und immer nur einige wenige, durch die Jahrhunderte festgehaltene außenpolitische Ziele gehabt. Daß diese Ziele, die keiner so klar formuliert hat wie Richelieu in seinem berühmten politischen Testament, auch ferner festgehalten werden, immer von neuem dem Bewußtsein der Nationen lebendig werden und bleiben, dafür sorgt die französische Geschichtsschreibung vom umfangreichen wissenschaftlichen Werk bis zur politischen Streitschrift und zum kleinen Lehrbuch für die Schulen. Dies zu beobachten, haben wir Deutsche, die wir so spät, auf Umwegen und höchst unvollständig, unsere nationale Einheit gefunden haben, und die wir, in der Mitte Europas wohnend, nach den verschiedensten Seiten hin unsere Aufmerksamkeit verteilen müssen, allen Grund. Es tut uns not, uns über Grundlegendes bei unseren Nachbarn klar zu werden und zu sein, um dadurch in die Lage zu kommen, hinter dem wechselnden Bilde der politischen Tagesereignisse die großen Zielrichtungen zu erkennen.

Einige Notizen aus neuen französischen Büchern sollen zur Verdeutlichung dienen. Es handelt sich um drei Werke ganz verschiedenen Charakters, um den kürzlich erschienenen IX. Band der „Histoire de la Nation Française“ von Gabriel Hanotaux, die „Histoire diplomatique“ von René Pinon, ferner um ein Buch des früheren französischen Gesandten im

Haag, Charles Benoist, „Les Lois de la Politique Française“ (1927, Paris, Fayard), und um ein kleines bei dem Militärverlag Charles Lavauzelle in Paris im Oktober vorigen Jahres



Slawen, Germanen, Gallien und Rom  
huldigen Kaiser Otto III.

Königstuhl  
Kaiser des Großen  
im Kaiserstuhl

Kathedrale  
(Münster)

erschienenen Lehrbuch „Memento d'Instruction militaire générale à l'usage

des jeunes gens suivant les cours de la préparation militaire supérieure“. Es ist eindrucksvoll, die Einseitigkeit der Einstellung in diesen drei Büchern zu konstatieren, wenn sie die Frage der französischen Grenzen, besonders der französischen Ostgrenze, behandelt. Sie sind sich darüber einig, daß Frankreichs Blick immer nach dem Rheine gerichtet war und gerichtet sein mußte, und daß der Sinn der französischen Außenpolitik immer der Erreichung der natürlichen Grenzen Frankreichs gewesen sei. Die natürliche Grenze Frankreichs im Osten sei aber der Rhein. So setzt uns Pinon auseinander, wenn man die Kontinuität der französischen Ostgrenze, wie sie in den verschiedenen Friedensverträgen zwischen 1515 und 1919 fixiert würden, auf der Karte übereinanderlege, habe man den Eindruck des Treuens auf der Stelle und könnte meinen, die Anstrengungen, die zu so geringen Ergebnissen geführt hätten, seien eigentlich umsonst gewesen. Das sei aber völlig falsch, denn die Tatsache, ob Frankreich am Rheine oder nicht am Rhein gewesen sei, sei ein wichtigerer Erfolg als das Vorgehen und Zurückweichen um 50 km. An anderer Stelle setzt Pinon die den Franzosen ja ganz geläufige Theorie, von den seit zwei Jahrtausenden sich immer wiederholenden Einfällen aus dem Osten auseinander, und sagt, wenn die Franzosen den Rhein erreicht hätten, hätten sie das immer getan mit dem Gefühl, ihre historische



Nach dem Fresco von Raffael

gebissen geführt hätten, seien eigentlich umsonst gewesen. Das sei aber völlig falsch, denn die Tatsache, ob Frankreich am Rheine oder nicht am Rhein gewesen sei, sei ein wichtigerer Erfolg als das Vorgehen und Zurückweichen um 50 km. An anderer Stelle setzt Pinon die den Franzosen ja ganz geläufige Theorie, von den seit zwei Jahrtausenden sich immer wiederholenden Einfällen aus dem Osten auseinander, und sagt, wenn die Franzosen den Rhein erreicht hätten, hätten sie das immer getan mit dem Gefühl, ihre historische



Der Heilige-Dreikönige-Schrein im 1500

Aufgabe zu erfüllen und die europäische Ordnung und die westliche Zivilisation zu verteidigen. „Das Frankreich am Rheine ist, ist die wesentliche Bedingung eines friedlichen Gleichgewichts in Europa“, ruft Pinon aus. Charles Benoist setzt in den einleitenden Kapiteln seines genannten Buches dieselbe Rheintheorie auseinander und erklärt, die magnetische Anziehungskraft des Rheines auf die Franzosen mit dem unbefriedigten Sicherheitsbedürfnis des französischen Volkes. „Es ist eine absolut feststehende Wahrheit, daß im Nordosten der Rhein unsere einzige natürliche Verteidigung ist.“ Von diesem Standpunkt kritisiert er den Versailler Vertrag, der die Grenze von 1870 wiederhergestellt habe, die aber nur die schlechte und perfide Grenze von 1815 gewesen sei. Nicht einmal als militärische Grenze habe Frankreich 1919 den Rhein erreicht, deshalb müsse es auch in Zukunft ebenso wie in den früheren Jahrhunderten der französischen Geschichte eine klare und einschlässige Politik der Grenze geben. Schließlich das „Memento d'Instruction militaire générale“. Damit hat es eine besondere Bewandnis. Handelt es sich bei Pinon um ein eingangseligtes Geschichtswerk im Rahmen der vielleicht umfangreichsten und repräsentativsten Geschichte Frankreichs und bei Charles Benoist um die Bekenntnisse eines in Wissenschaft, Politik und Diplomatie während eines langen Lebens erfolgreich tätigen Mannes, so ist das kleine Memento ein Lehrbuch für die französische Jugend, die auf den Kriegsdienst vorbereitet wird.



Staatsmännin aus dem großen Gemälde von Jeanpierre Doyner 1850

Die in den letzten Jahren durchgeführte französische Heeresorganisation sieht bekanntlich in einem besonderen Gesetzentwurf die militärische Jugendberziehung vor, um dadurch die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit auf ein Jahr auszugleichen. Für diese militärische Jugendvorbereitung, deren zweites Stadium die Präparation militaire supérieure mit dem 16. Lebensjahre beginnt, ist das Memento, offensichtlich im Auftrag des für die militärische Jugendvorbereitung zuständigen französischen Kriegsministeriums, geschrieben. Es bringt



St. Goorshausen und Burg Rah um 1500

(S. 42 f.) einen Abschnitt über die Geographie mit Betrachtungen über die französischen Grenzen. Auch hier wird der Rhein als die natürliche Grenze Frankreichs bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Grenze von 1919 alle großen Flusstäler durchschneide, daß der Rhein im Osten Frankreichs das einzige, wirklich große Hindernis sei, und daß ein Feind, der ihn einmal überschritten habe, auf dem Wege nach Paris kein natürliches Hindernis von Bedeutung mehr finde.



Jon Willen in Düsseldorf

Die Einheitlichkeit der Auffassung der zitierten Aufzählungen spricht für sich selbst. Man braucht wenig hinzuzufügen. Man darf jedoch daran erinnern, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Versailler Friedenskonferenz die Franzosen um die Rheingrenze unter dem Motto der Sicherheit gekämpft haben, und wies schließlich doch nur die 15jährige Besetzung und die Entmilitarisierung erreichen konnten. Wie die Dinge liegen, hat Frankreich zwar nicht die politische, wohl aber die militärische Grenze nicht nur bis an den Rhein, sondern noch 50 km jenseits derselben vorgeschoben. Wie zahl es an seinen historischen Zielen festhält, haben wir eben im Haag wieder erlebt, wo es gegen die vorzeitige Rheinlandräumung eine Dauerfrontlinie im Rheinland einzutauschen versuchte, glücklicherweise ohne Erfolg. Wenn in wenigen Monaten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist von den Franzosen geräumt werden muß, dürfen wir mit Befriedigung konstatieren, daß diese Besetzung, die ja nur gefordert wurde, weil man die Abtremung des Rheinlandes vom Reich nicht erreichen konnte und weil man hoffe, während der langen Besetzungszeit doch noch irgendwie zum Ziele zu gelangen, daß diese Besetzung in der großen Krise der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber

Die Einheitlichkeit der Auffassung der zitierten Aufzählungen spricht für sich selbst. Man braucht wenig hinzuzufügen. Man darf jedoch daran erinnern, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Versailler Friedenskonferenz die Franzosen um die Rheingrenze unter dem Motto der Sicherheit gekämpft haben, und wies schließlich doch nur die 15jährige Besetzung und die Entmilitarisierung erreichen konnten. Wie die Dinge liegen, hat Frankreich zwar nicht die politische, wohl aber die militärische Grenze nicht nur bis an den Rhein, sondern noch 50 km jenseits derselben vorgeschoben. Wie zahl es an seinen historischen Zielen festhält, haben wir eben im Haag wieder erlebt, wo es gegen die vorzeitige Rheinlandräumung eine Dauerfrontlinie im Rheinland einzutauschen versuchte, glücklicherweise ohne Erfolg. Wenn in wenigen Monaten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist von den Franzosen geräumt werden muß, dürfen wir mit Befriedigung konstatieren, daß diese Besetzung, die ja nur gefordert wurde, weil man die Abtremung des Rheinlandes vom Reich nicht erreichen konnte und weil man hoffe, während der langen Besetzungszeit doch noch irgendwie zum Ziele zu gelangen, daß diese Besetzung in der großen Krise der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber

Die Einheitlichkeit der Auffassung der zitierten Aufzählungen spricht für sich selbst. Man braucht wenig hinzuzufügen. Man darf jedoch daran erinnern, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Versailler Friedenskonferenz die Franzosen um die Rheingrenze unter dem Motto der Sicherheit gekämpft haben, und wies schließlich doch nur die 15jährige Besetzung und die Entmilitarisierung erreichen konnten. Wie die Dinge liegen, hat Frankreich zwar nicht die politische, wohl aber die militärische Grenze nicht nur bis an den Rhein, sondern noch 50 km jenseits derselben vorgeschoben. Wie zahl es an seinen historischen Zielen festhält, haben wir eben im Haag wieder erlebt, wo es gegen die vorzeitige Rheinlandräumung eine Dauerfrontlinie im Rheinland einzutauschen versuchte, glücklicherweise ohne Erfolg. Wenn in wenigen Monaten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist von den Franzosen geräumt werden muß, dürfen wir mit Befriedigung konstatieren, daß diese Besetzung, die ja nur gefordert wurde, weil man die Abtremung des Rheinlandes vom Reich nicht erreichen konnte und weil man hoffe, während der langen Besetzungszeit doch noch irgendwie zum Ziele zu gelangen, daß diese Besetzung in der großen Krise der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber



Stroßhofen (Strupp) Rheinhafen

Die Einheitlichkeit der Auffassung der zitierten Aufzählungen spricht für sich selbst. Man braucht wenig hinzuzufügen. Man darf jedoch daran erinnern, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Versailler Friedenskonferenz die Franzosen um die Rheingrenze unter dem Motto der Sicherheit gekämpft haben, und wies schließlich doch nur die 15jährige Besetzung und die Entmilitarisierung erreichen konnten. Wie die Dinge liegen, hat Frankreich zwar nicht die politische, wohl aber die militärische Grenze nicht nur bis an den Rhein, sondern noch 50 km jenseits derselben vorgeschoben. Wie zahl es an seinen historischen Zielen festhält, haben wir eben im Haag wieder erlebt, wo es gegen die vorzeitige Rheinlandräumung eine Dauerfrontlinie im Rheinland einzutauschen versuchte, glücklicherweise ohne Erfolg. Wenn in wenigen Monaten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist von den Franzosen geräumt werden muß, dürfen wir mit Befriedigung konstatieren, daß diese Besetzung, die ja nur gefordert wurde, weil man die Abtremung des Rheinlandes vom Reich nicht erreichen konnte und weil man hoffe, während der langen Besetzungszeit doch noch irgendwie zum Ziele zu gelangen, daß diese Besetzung in der großen Krise der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber

Die Einheitlichkeit der Auffassung der zitierten Aufzählungen spricht für sich selbst. Man braucht wenig hinzuzufügen. Man darf jedoch daran erinnern, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Versailler Friedenskonferenz die Franzosen um die Rheingrenze unter dem Motto der Sicherheit gekämpft haben, und wies schließlich doch nur die 15jährige Besetzung und die Entmilitarisierung erreichen konnten. Wie die Dinge liegen, hat Frankreich zwar nicht die politische, wohl aber die militärische Grenze nicht nur bis an den Rhein, sondern noch 50 km jenseits derselben vorgeschoben. Wie zahl es an seinen historischen Zielen festhält, haben wir eben im Haag wieder erlebt, wo es gegen die vorzeitige Rheinlandräumung eine Dauerfrontlinie im Rheinland einzutauschen versuchte, glücklicherweise ohne Erfolg. Wenn in wenigen Monaten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist von den Franzosen geräumt werden muß, dürfen wir mit Befriedigung konstatieren, daß diese Besetzung, die ja nur gefordert wurde, weil man die Abtremung des Rheinlandes vom Reich nicht erreichen konnte und weil man hoffe, während der langen Besetzungszeit doch noch irgendwie zum Ziele zu gelangen, daß diese Besetzung in der großen Krise der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber

Die Einheitlichkeit der Auffassung der zitierten Aufzählungen spricht für sich selbst. Man braucht wenig hinzuzufügen. Man darf jedoch daran erinnern, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Versailler Friedenskonferenz die Franzosen um die Rheingrenze unter dem Motto der Sicherheit gekämpft haben, und wies schließlich doch nur die 15jährige Besetzung und die Entmilitarisierung erreichen konnten. Wie die Dinge liegen, hat Frankreich zwar nicht die politische, wohl aber die militärische Grenze nicht nur bis an den Rhein, sondern noch 50 km jenseits derselben vorgeschoben. Wie zahl es an seinen historischen Zielen festhält, haben wir eben im Haag wieder erlebt, wo es gegen die vorzeitige Rheinlandräumung eine Dauerfrontlinie im Rheinland einzutauschen versuchte, glücklicherweise ohne Erfolg. Wenn in wenigen Monaten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist von den Franzosen geräumt werden muß, dürfen wir mit Befriedigung konstatieren, daß diese Besetzung, die ja nur gefordert wurde, weil man die Abtremung des Rheinlandes vom Reich nicht erreichen konnte und weil man hoffe, während der langen Besetzungszeit doch noch irgendwie zum Ziele zu gelangen, daß diese Besetzung in der großen Krise der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber



Wilhelm-Mary-Janus, Düsseldorf



Ansicht von Straß 1831



Wägere Übergang üb. d. Rhein bei Raub



Desiderius Geburtshaus  
Rotterdam

Einre der historischen französischen Rheinpolitik ein der nationale Einheitswille des deutschen Volkes sich als stärker erwiesen hat als der eingewurzelt Traum der Franzosen von den natürlichen Grenzen im Osten. Aber



Schlegel, Haupttreppe

täuschen wir uns nicht. Dieser Traum ist nicht ausgeträumt. Die angeführten Zitate aus neuerer französischer Literatur zeigen es. Es wird noch des Erlebnisses von ein bis zwei Generationen des französischen Volkes bedürfen, um diesen Traum wirklich zum Verschwinden zu bringen, des Erlebnisses nämlich, daß der deutsche Nationalstaat breit über den Rhein hinübergreift, und daß der Rhein feinerlei natürliche Grenze, sondern die wichtigste Lebensader des deutschen Organismus ist, daß er Deutschlands Strom und nicht Deutschlands Grenze ist. Das ist auch der Sinn des Vertrages von Locarno. Die Artikel 42 und 43 des Versailleser Vertrages über die entmilitarisierte Rheinlandzone sind, in dieser Linie gesehen, die letzte Kristallisierung der französischen Rheinpolitik. Sie sind für alle jene in Frankreich, für die der Rheinraum noch Lebenswahrheit besitzt, geradezu eine Verjüngung, wie ja die Bestrebungen nach einer Kontrollkommission im Rheinland nur zu deutlich zeigen. Würde diese Kommission nicht immer wieder von Paul Bon-

cour, dem langjährigen Vertreter Frankreichs in der Vorbereitung der Abrüstungskommission des Völkerbundes, im Interesse des Abrüstungsgedankens gefordert? Man darf gespannt sein, ob sie bei künftigen Abrüstungsverhandlungen nicht wieder aus der Verfassung, in der sie jetzt im Haag verschwinden mußte, herorgezogen werden wird! Für Deutschland ergibt sich aus dem Besagten jedenfalls, daß es auch eine Grenzpolitik im Westen haben muß. Der Vertrag von Locarno, der uns die Grenze, wie sie der Versailleser Vertrag gezogen hat, garantiert, war der Grundstein zu ihr. Die Befreiung des Rheinlandes ist ein weiterer Schritt. Territorialen Applikationen im Sinne der französischen Rheinpolitik ist damit ein Riegel vorgezogen. Wir müssen aber konstatieren, daß wir zum Unterschied von Frankreich am Rheine keine genügende Sicherheit besitzen, solange die Abrüstung nur deutsch und nicht allgemein ist und eine entmilitarisierte Zone nur auf der deutschen Seite besteht.

## Weltpolitik in Genf.

Die diesjährige Völkerbundstagung in Genf scheint einen besonderen Charakter zu tragen, nicht deshalb, weil die alljährliche Herbstversammlung des Völkerbundes diesmal zum zehntenmal zusammentrat oder weil im Lauf der Tagung die feierliche Grundsteinlegung eines Völkerbundspalastes vorgenommen wurde. Auch nicht aus dem Grunde, weil niemals bisher eine so große Zahl von Mitgliedsstaaten ihre Delegierten entsandt haben oder weil der erwähnte Präsident dieses Staatenparlamentes, der Vertreter El Salvador in Paris, Herr Guerrero, nicht weniger als fünf Ministerpräsidenten und 24 Außenminister begreifen durfte.

Der Charakter der diesjährigen Tagung liegt in der Tatsache begründet, daß diesmal die allgemeinen Probleme der Ausgestaltung des Völkerbundes, daß Fragen von weltpolitischer Bedeutung anflingen, und nicht Sonderfragen auf der Tagesordnung stehen, die nur das eine oder andere Mitglied interessieren.

Von dieser Einstellung waren auch die Reden der drei führenden Staatsmänner Englands, Frankreichs und Deutschlands beherrscht. Schon der englische Ministerpräsident MacDonald hatte mit seiner Rede der Tagung einen kräftigen Auftrieb gegeben. Denn eine von Joen getragene Politik wirft immer in Veranlassungen, deren innerer Beruf es ist, die politische Entwicklung über das Einzelinteresse hinauszuführen. Seine Rede, ein Meisterwerk der Sammlung, der Wirkungssicherheit und Wortbeherrschung, war das Bekenntnis eines großzügigen Friedensfreundes. Freundlich seine Geste, mit der er Deutschlands Eintritt in den Völkerbund geadacht, den er selbst vor fünf Jahren in der Völkerbundsversammlung in einer berühmten Rede forderte. Elegant und taktvoll die Art, wie er auf die beginnende Räumung des Rheinlandes hinwies. Geschickt, aber schwänkend seine Stellungnahme zur Abrüstung, die man allgemein als das Kernstück seiner Rede bezeichnen. Schwankend insofern, als er zwischen der französischen Auffassung von Primat der Sicherheit und der forderungen Deutschlands und der neutralen Staaten, die in der Verminderung der Rüstungen eine Voraussetzung für die Erlangung der Sicherheit sehen, sich nicht eindeutig entschied. Beachtenswert auch die Anregung, die beiden Artikel der Völkerbundsatzung, die dahin ausgelegt werden können, daß der Krieg gewissermaßen als letztes Mittel international noch erlaubt sei, abzuändern und zu modernisieren. Alles in allem entrollte MacDonald ein großzügiges Programm der Weltpolitik und schloß mit einem starken Bekenntnis für die Möglichkeit einer weitgehenden internationalen Zusammenarbeit auf dem Boden der gegenseitigen Selbstachtung der Völker. An die Stelle des Rüstungsgedankens mußte das Vertrauen treten und das gegenseitige Verständnis, damit eine neue Ära des internationalen Zusammenlebens bald heraufgeführt werden könne.

Der französische Ministerpräsident Briand war in seiner Rede gewissermaßen der Gegenpol MacDonalds, nur

wußte er mit noch größerem rhetorischen Glanz und mit einer eleganten Gemwandtheit der Sätze die Sparsamkeit an konkreten Einzelheiten zu verschleiern. Schon die Entschlossenheit, mit der die neue englische Regierung im Haag und in Genf die geistige Führung der Weltpolitik an sich genommen hat, konnte natürlich auf die Ausführungen des französischen Redners nicht ohne Wirkung bleiben, so daß Briands Rede ein matter Epilog im Gefolge des Tonangebenden MacDonald war. Hatte dieser die internationalen Rechtsprechungsorgane in den Mittelpunkt gestellt, so betonte Briand demgegenüber die Notwendigkeit von Sanktionen. Was man besonders vor ihm erwarpte, eine genaue Umschreibung seiner europäischen Pläne, blieb aus. Auch er schloß mit einem hinreißenden Bekenntnis zum Frieden, indem er mit größter Eindringlichkeit aufforderte, die Jugend für den Frieden zu erziehen.

Hatten die beiden Reden MacDonalds und Briands die bisherige Tagung in Spannung gehalten, so wurde diese zweifellos noch durch die programmatischen Darlegungen gesteigert, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Anknüpfung an die gleichfalls grundlegenden Ausführungen seiner Vordredner machte. Der deutsche Standpunkt zu den Aufgaben und Problemen des Völkerbundes wurde eindeutig festgelegt.

Die Bedeutung der Rede liegt nicht nur in ihren einzelnen Feststellungen auf den verschiedenen weltpolitischen Gebieten, sondern vor allem auch in der Tatsache, daß durch sie der Abschluß einer Epoche und der Beginn einer neuen gekennzeichnet wird. Die abgeschlossene ist die Periode des Kampfes um Einzelheiten, des Bemühens um eine Festlegung oder Erschütterung von Rechten und Ansprüchen, die aus dem Kriege und den Friedensverträgen hervorgehen. Was Dr. Stresemann jetzt fordert und eindringlich als den Pflichtkreis des Völkerbundes umreißt, ist eine aufbauende, konstruktive Arbeit, wie sie Geist und Sägung des Völkerbundes vorgezeichnet haben. Ohne daß die Gedankengänge MacDonalds und Briands im ganzen und als erschöpfende Programme akzeptiert werden, legt Deutschlands Vertreter die beiden führenden Staatsmänner der großen Weltmächte auf eine Zustimmung fest, die zu einer solchen Aufbauarbeit mit zum Teil sehr weitgehender Zielsetzung von ihnen erteilt worden ist.

Stresemann spricht seinerseits nicht von Vereinigten Staaten Europas, aber von einer europäischen Wirtschaftseinigung, er spricht von dem Widerspruch, der es bei der Schaffung neuer Staaten verläumt hat, sie dem wirtschaftlichen System Europas einzufügen. Er unterstreicht die grundlegenden Ausführungen MacDonalds zum Minderheitenrecht, für dessen Behandlung er ein besonderes Organ fordert, eine ständige Minderheitenkommission, für die die Zustimmung der beipflichtenden Schweiz z. B. vorliege. Er stellt die Abrüstung als das Mittel zur Sicherung gegen den Krieg heraus, indem er dafür eine neue Formel prägt, mit der sich wohl auch die französische Auf-

fassung in dieser Frage einverstanden erklären könnten: die Verhinderung der Kriegsmöglichkeit (durch Verträge und Schlichtungsbarkeit), die allgemeine Abrüstung als Folge dieser Verhütung und durch eine fortschreitende Entwicklung auf friedlichem Wege die Verhinderung einer Eskalation aller Zustände. Er begrüßt in diesem Sinne die von MacDonald angeführte Flottenverdrängung als einen greifbaren Fortschritt, dem eine enge Verwirklichung der Abrüstung zu Lande folgen müsse. Auch für die Bedeutung des Kelloggpatentes findet Dr. Stresemann in Übereinstimmung mit seinen Vorrednern treffliche Worte, und er zieht aus seiner Verwirklichung die Konsequenz, daß die Völkerbundsatzung selbst nun in Harmonie mit diesem neuen Rechtsinstrument gebracht werden müsse. Nach deutscher Auffassung greift diese Reformnotwendigkeit über die beiden Artikel 12 und 15 des Statuts hinaus; und wenn der Reichsaussenminister den französischen Ministerpräsidenten Briand als Zeugen dafür anruft, daß hier Künden vorliegen, so nimmt er zugleich der französischen Auffassung der Vergangenheit den Wind aus den Segeln, derzufolge das Schwergewicht der Kriegsverhütung in der Vorbereitung eines Krieges gegen einen angeblichen Angreifer liege. Der Krieg läßt sich nicht dadurch verhüten, so hält Stresemann demgegenüber, daß man den Krieg gegen den Krieg vorbereite, sondern nur dadurch, daß man seine Ursachen beseitigt.

Dr. Stresemann hat die Haager Konferenz zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen genommen. Er hat in flüchtiger Formulierung gezeigt, welche Bedeutung die Rheinlandräumung für die Entwicklung des Völkerbunds hat, und wie wichtig auch im Interesse des Völkerbunds die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland und die Herstellung völliger deutscher Staatshoheit ist. Er hat die Ergebnisse im Haag als einen entscheidenden Meilenstein auf dem Wege zur Verdrängung und zum Zusammenwachsen der europäischen Völker angeprochen. Er hat aus ihr die Konsequenzen gezogen und zugleich die deutschen Grundgedanken der künftigen internationalen Zusammenarbeit gekennzeichnet. Es war eine Rede, die grundsätzlich und sachlich die Völkerbundsarbeit auf den richtigen Weg brachte.

Hatte Briand in seiner Rede seine Gedanken eines europäischen Staatenbundes nur skizzenhaft anlingen lassen, so suchte er diese in einer Aussprache mit den Führern der Abordnungen der zur Völkerbundsatzung versammelten europäischen Staaten anlässlich eines Frühstücks

zu vertiefen. In einer späteren Verlautbarung kam zum Ausdruck, daß die Vertreter dieser Staaten die Möglichkeit begrüßen, die europäischen Verhältnisse auf eine gesündere und einträglichere Grundlage zu stellen. Sie bitten den französischen Ministerpräsidenten, die Gedanken, die im Laufe der Aussprache geäußert worden sind, zu Papier zu bringen und sie den Regierungen zugehen zu lassen. Die Regierungen sollen, wenn sie sich dazu veranlaßt fühlen, ihre Bemerkungen an die französische Regierung richten. Auf der Grundlage dieser Aussprache soll bei der nächsten Zusammenkunft im September 1930 in Genf weiter verhandelt werden. Damit ist die Konstitution der Vereinigten Staaten von Europa bis auf weiteres Frankreich zu getreuen Händen übergeben worden.

Daß die diesjährige Völkerbundsversammlung mit ihren weltpolitischen Problemen das Programm des gleichzeitig tagenden Völkerbundsrates fast völlig überschattet, nimmt nicht weiter wunder. Und doch war für Deutschland auch hier eine Frage von besonderer Bedeutung, nämlich die vertragswidrige Verschmelzung des Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika mit den ostafrikanischen Kolonien Englands. Mit Erfolg hat sich der deutsche Außenminister, unterstützt von dem italienischen Ratsmitglied Scaloja, gegen die Auflösung des englischen Außenministers Henderson gemandt, indem Stresemann noch einmal die Grundlage des ganzen Mandatsystems hervorhob, daß die Mandatsgebiete selbständige internationale Einheiten sind, hinsichtlich deren die Mandatsmächte dem Völkerbund als dem Mandanten Rechenschaft schuldig sind.

Bei der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder erhielten von 155 abgegebenen Stimmen Polen 50, Südlawien 42 und Peru 36. Polen ist demnach wiedergewählt, Südlawien tritt an die Stelle Rumäniens als Angehöriger der Kleinen Entente und Peru an die Stelle von Chile.

Und schließlich wurde die bereits vor drei Jahren gemachte Anregung auf Antrag Dr. Stresemanns wieder aufgenommen und einstimmig angenommen, die ordentlichen Ratstagungen von vier auf drei Tagungen im Jahre herabzusetzen. Unter Vorbehaltung der Einberufung außerordentlicher Tagungen in dringenden Fällen wird demnach der Völkerbundsrat das nächste Mal nicht im Dezember, sondern erst Mitte Januar zusammenzutreten, die Frühjahrsagung findet erst Mitte Mai statt und die Sommeragung wird mit der Herbstagung zusammengelegt, die jeweils drei Tage vor der Völkerbundsversammlung beginnen wird.

## Wirtschaft und Wissenschaft.

Von Dr. phil. nat. Friedrich Dessauer, o. ö. Professor a. d. Universität Frankfurt am Main.

Der Zusammenhang zwischen Forschung und Wirtschaft ist weder im Volk, noch überall in den verantwortlichen Kreisen hinreichend klar. Immer wieder fehlen Wirtschaftsführer und Gelehrte mit tiefen Sorgen vom Ausland heim, wenn sie erleben, wie etwa in den Vereinigten Staaten planmäßig der wissenschaftliche und technische Unterbau der Wirtschaft gefördert wird. Eine Million in Forschungen gesteckt, kann eine wirtschaftliche Auswirkung von Hunderten und aber Hunderten Millionen haben. Solche Fälle sind in der Vergangenheit mehrfach eingetreten. Erfindungen, wie die Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft oder erfolgreiche Methoden der tierischen, pflanzlichen und menschlichen Seuchenbekämpfung, bedeuten eine Verbesserung der nationalen Wirtschaft um Milliarden. Die Amerikaner wissen das, und dieser Gedanke ist dort im Bewußtsein des ganzen Volkes lebendig; allenthalben ist die Sympathie des Volkes solchen Forschungen zugewandt. Es wird darin nicht gespart, Ausgaben für Forschungen der Naturwissenschaft und Technik, die sich dann wirtschaftlich auswirken können, finden allgemeines Verständnis. Wir aber bleiben zurück und kommen ins Schlepppaß konkurrierender Länder, weil die Zusammenhänge zwischen Forschung und Wirtschaft im Bewußtsein der Öffentlichkeit und der Regierung nicht lebendig genug zu sein scheinen. Wir haben neben unseren Universitäten unsere

technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen, die Institution der Zootgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und die Kaiser Wilhelm-Institute. Wir haben deren Etat angesichts unserer Wirtschaftskrise nicht etwa gekürzt, was allein logisch und richtig gewesen wäre, sondern gekürzt.

Ich will an einigen Beispielen andeuten, welche wirtschaftlichen Auswirkungen die Forschungen haben, die an solchen Stellen gepflegt werden und die wir, wie erwähnt, bescheiden, hatt sie aufs höchste zu entfalten. Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft hat das große chemische Institut, das sich u. a. mit Zelluloseforschungen und solchen über Aufschlüsselung des Strohes als Nahrungsmittel beschäftigt, während das gleichfalls das große physikalisch-chemische Institut die Stickstoffgewinnung aus der Luft — neben anderem — betreibt. In Mülheim und Beeslau sind die Kohleforschungsanstalten. Wer eine Ahnung von dem Problem der künftigen Kohlenwirtschaft in der Welt hat, weiß, daß unter Umständen Hunderte von Millionen von den Ergebnissen abhängig sind. Das gleiche gilt von dem Dübeldorfer Eisenforschungsinstitut, von dem Institut für Metallforschung in Dablen, dem Eisenerzforschungsinstitut, dem Lederforschungsinstitut, dem Silikatforschungsinstitut. In Göttingen betreibt Deutschland das zur Zeit sicher angesehenste Strömungsforschungsinstitut der Welt. Es ist sicher, daß die zukünftige Groß-

Luftschiffahrt, insbesondere der Transozeanflug, von den Ergebnissen dieses Instituts in erster Linie mit abhängt. Der Eteners Bericht über den Amerikaflug des Zeppelins gelesen hat, weiß, daß der entscheidende Grund, warum dieser Zeppelin den Transozeanflug noch nicht souverän versehen kann, in dem Widerspruch seiner Gestalt mit den Ergebnissen der aerodynamischen Forschungen beruht. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß in nicht ferner Zeit der transozeanische Flugschiffdienst etwas Reguläres sein wird. Aber es ist auch meine Überzeugung, daß daran in erster Linie diejenige Nation beteiligt sein wird, die das Gebiet wissenschaftlich und technisch am besten beherrscht.

Das Institut für Wasserfrucht und Wasserbau, das Sonnenblau-Observatorium mit dem Ziel der langfristigen Wettervorhersage für die Landwirtschaft haben unmittelbare wirtschaftliche Auswirkung, wenn ihre Forschungen zum Ziele führen. Das gleiche gilt vom Biologischen Institut, wo die Vererbung bei Pflanzen und Tieren, die Sichtung, die Immunität und die Seuchenbekämpfung erfolgreich durchgeführt werden. Ein eigenes Labormuseum in Dahlem pflegt die Qualitätserhöhung der Produkte durch die Behandlung der Sorten. Die Institute für Arbeitspsychologie sind gleichfalls von großer wirtschaftlicher Auswirkung. Die Hydro-Biologische Anstalt in Plön durchforscht die rationelle Bewirtschaftung der Seen zwecks Steigerung des Fischereiertrags. Noch größer ist die wirtschaftliche Bedeutung des entomologischen Instituts in Dahlem und des Züchtungsinstituts in Mündeberg, wo die Bekämpfung der Insektenschädlinge, die Züchtung verbesserter Getreide-, Kartoffel-, Obst- und Gemüsesorten gepflegt wird.

Das sind Beispiele aus der Arbeit der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, die eigene Institute betreibt. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dient dem gleichen Ziel mit anderen, aber mindestens ebenso zweckmäßigen Methoden. Wo immer ein Forscher, der sich ausweisen kann, in Deutschland unterwegs ist, auf seinem Gebiet etwas Wesentliches zu finden, kann er sich an die Notgemeinschaft wenden. Die Notgemeinschaft unterstützt Hunderte von Arbeitern unter dauernder Kontrolle durch gelebte Kommissionen, und ich könnte manche Seite damit ausfüllen, um Ihnen in etwa zu zeigen, was hier alles im Gange ist und Aussichten für wirtschaftliche Auswirkungen eröffnet.

Unter den Aufgaben befinden sich außer denen, die ich im Zusammenhang mit dem Kaiser Wilhelm-Institut erwähnt habe, noch andere. Einige Beispiele! Die Metallforschung zielt unter vielem anderem auf die Verwertung unserer heimischen Erze ab. Wir wissen alle, daß wir in einem metallarmen Lande wohnen, insofern als unsere Erze ertragsarm sind. Gelingt es, rationale Methoden zur Verwertung unserer schwachen Erze zu finden, so bedeutet das für die nationale Wirtschaft eine überaus große Erleichterung. Das gleiche gilt, wenn es uns gelingt, unsere Wälsereisenerze zu verbessern und einige entscheidende Probleme der Eisenerzeugung zu lösen. Schürfmethode zur Auffindung von Lagerstätten von Koble, Erzen, Olen auszufinden. Der Hochdruckdampf, die Verbrennungsmotoren drängen geradezu zur Lösung gewisser Probleme, von denen die Wirtschaft in einem Umfang abhängt, von dem sich sehr wenige eine Vorstellung machen.

Ganz besonders entfällt ist die Pflege, die die Notgemeinschaft solchen medizinischen und hygienischen Forschungen angedenken läßt, die sich wirtschaftlich auswirken. Unter etwa 20 großen Aufgaben dieser Art nenne ich die Untersuchungen über Typhus, Krebs, Syphilis, Tuberkulose, Krampf und Gemerkrankheiten, die darauf abzielen, methodisch diese Krankheiten womöglich auszurotten, und die ernährungsphysiologischen Pflanzenstudien, von deren Ergebnissen wirtschaftlich buchstäblich Milliarden abhängen. Die Elektrotechnik, insbesondere die Hochspannungselektrotechnik, die Strahlungsforschung und viele andere Gebiete stellen eben solche Anforderungen an die Notgemeinschaft. Ich will jetzt die Beispiele nicht weiter vermehren. Die Wirtschaft steht muß in ihrer Notlage überall nach Hilfe um und wendet sich an den Staat um Steuererleichterungen, Zinsnachlässe, Kredithilfe, Exportförderungen. Aber an die Stelle, aus welcher eine entscheidende große Hilfeleistung kommen kann, an die

Forschung, wird verhältnismäßig am wenigsten gedacht. Das zeigt Rückständigkeit unseres Denkens in dieser Beziehung.

Wir haben in diesem Notlandjahr den Etat beschneiden und dabei auch Sachausgaben gekürzt. Das ist im allgemeinen ein schlechtes Mittel, wie wir wissen. Den Bau von Kanälen einzustellen, Luftfahrt, Eisenbahn, Straßenbau ungenügend zu fördern, das ist alles schlecht; aber man mußte es machen, und man kann es vielleicht wieder einholen. Wenn man aber die Forschung vernachlässigt, auf der die Wirtschaft beruht, in Deutschland mehr als in irgendeinem anderen Lande, nicht nur die Industriewirtschaft, sondern auch Landwirtschaft und Gewerbe, wenn dadurch Entdeckungen oder Erfindungen, deren Wirtschaftswirkung groß ist, in anderen Ländern gemacht werden, wenn wir infolgedessen an Konkurrenzfähigkeit erlahmen, Gegenstände einführen, die wir ausführen sollten, dann gibt das Schäden, die sich unter Umständen gar nicht wiederergutmachen lassen.

Natürlich gehört zu diesem Aufgabenteil auch die Pflege der Reichsanstalt, des Patentamts, der Forschungs Expeditionen, soweit sie wirtschaftlich ausgiebige Ergebnisse versprechen. Kürzlich erschien ein sehr beachtenswertes Gutachten der amerikanischen Sachverständigen über die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der deutschen Vieh- und Milchwirtschaft. Darin steht unter anderem recht Beachtliches eine Bemerkung über die Verwertung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Forschung und des landwirtschaftlichen Wissens unter den Menschen, die es angeht. Die Amerikaner sagen da dem Sinne nach, daß zwar in Deutschland ganz wertvolle Forschungen gemacht werden, daß sie aber nicht ausgewertet werden, weil sie manchmal überhaupt nicht gedruckt werden, oder, wenn sie gedruckt werden, den Landwirten nicht zugänglich sind, oder, wenn sie ihnen zugänglich sind, so wissenschaftlich abgefaßt sind, daß sie niemand versteht. Die Amerikaner sagen wörtlich: „Die Berichte müssen in ansprechender Art abgefaßt und allgemeinverständlich sein“. Genau das gleiche gilt ganz allgemein für unsere wirtschaftlichen Informationen. Wir wissen schon eine ganze Menge, und die Enquete hat unser Wissen ganz genaugen verneht; nur es kommt nicht immer dahin, wo es wirkt, oder doch zu spät oder in zu schwerfälliger Form.

Der wirtschaftliche Nachrichtendienst beschafft zwar ziemlich viel gutes Material, aber ich könnte mir denken, daß man es viel ansprechender, wirksamer unter den Wirtschaftsmenschen Deutschlands verbreiten und dadurch nutzbarer machen könnte, als es jetzt geschieht.

Aber das ist nur eine Seite des wirtschaftlichen Erziehungsproblems. Die sehr ernsten Mängel in Bedürfnisbildung und Konsum, von denen mit Recht so häufig gesprochen wird, sind eine Folge mangelnder Wirtschaftserziehung des deutschen Volkes. Das deutsche Kind müßte in der Schule schon erfahren, daß sein Schicksal von dem Zustande der deutschen Wirtschaft abhängt, und daß jeder Mensch für die Wirtschaft seines Landes Mitverantwortung trägt. Wenn ich unmittelbare Kurzswaren aus dem Ausland kaufe, so berührt dieses Land nicht nur mich selbst, sondern ich schädige die Volkswirtschaft. Es ist gar kein Zweifel, daß in den wirtschaftlichen Zeitideen die individualistische Tendenz, nach der der einzelne mit seinem Vermögen tun kann, was immer er mag, gegenüber der gesellschaftlichen zurückweicht. Wir werden uns immer mehr bewußt, daß unsere Wirtschaftsschicksale ineinander verflochten sind. Das gesellschaftliche Denken führt dahin, daß jeder als sozialer Schöpfung schließlich empfunden wird, der mit unserer Wirtschaft irgendwelchen privaten Anflug treibt. Wenn Kartelle, worüber immer wieder erneute Klagen kommen, ihre Macht ungerecht ausnützen, so schädigen sie nicht nur den Konkurrenten, den sie unterdrücken wollen, sondern unter Umständen sehr schwer die deutsche Wirtschaft. Wenn die Konsumenten, nicht genügend durch Schule, öffentliche Meinung, Tagesliteratur angeleitet, durch ihren Konsum die Produktion, den Handelsverkehr schädlich beeinflussen, so zahlen wir alle daran mit. Erzieherischer Einfluß im Sinne der Wirtschaftskooperation muß auf die deutsche Öffentlichkeit ausgeübt werden in dem Sinne, daß jeder Bürger seine Verantwortung als Wirtschaftsmensch erhalte, daß er über Zusammenhänge aufgeklärt werde, die ihm bisher entgingen, daß er allmählich lerne, wie er sich

27. März 1919.

Die deutsche Regierung erklärt, die Landung der polnischen Armee des Generals Haller in Danzig nicht verantworten zu können. Sie beruft sich auf die Vorkommnisse bei der Gewährung freien Geleits für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski, der unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden in Posen das Zeichen zum Aufbruch und Bürgerkrieg gegeben und bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 gesagt habe: „Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.“ Der Durchmarsch der polnischen Armee Hallers werde zum Bürgerkrieg zwischen der polnischen Minderheit und der deutschen Mehrheit in Westpreußen führen und die schwache deutsche Ostfront gegen die Bolschewisten gefährden. Dagegen sei die deutsche Regierung bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau und ihre Beförderung nach Polen mit allen Kräften zu unterstützen.

4. April 1919.

Abkommen über den Durchzug der Haller-Armee durch Deutschland

Der Durchzug soll nicht über Danzig wechsellaufwärts, sondern auf folgenden Wegen stattfinden:

1. Stettin — Kreuz — Posen — Warschau;
2. Pillau — Königsberg und Memel — Korschken — Lyck — Grajewo;
3. Koblenz — Kassel — Halle — Kottbus — Lissa — Kalisch und Frankfurt — Bebra — Leipzig — Kottbus — Lissa — Kalisch.

Deutschland gewährleistet die Sicherheit dieser Transportwege, die Alliierten werden dafür sorgen, daß die Truppen auf dem Transport durch deutsches Gebiet alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte.

Die Alliierten beanspruchen zunächst nur die unter der Nr. 3 genannten Transportwege.



Siehe Seite 24

## IV. Die Vorfriedenskonferenz der alliierten und assoziierten Mächte in Paris<sup>1)</sup>

27. November 1918.

In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Clemenceau fordert Marshall Foch: „Auf dem linken Rheinufer kann es keine neutralen Staaten geben. Die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes muß instand sein, die Waffen zu ergreifen, um der deutschen Gefahr zu begegnen (1). Es wird Sache des Friedens sein, die politische Organisation dieser Bevölkerung, die durch das Schicksal des kontinentalen Westens gebunden ist, zu ordnen und aus ihnen verhältnismäßig unabhängige Staaten zu bilden. Trotzdem muß diese Organisation darauf abzielen, daß diese Bevölkerung im gegebenen Augenblick eine antideutsche politische Haltung einnimmt und sich an einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Unternehmung beteiligt.“

29. November 1918.

Der französische Botschafter in Washington überreicht der amerikanischen Regierung einen „vorläufigen Plan“ der bei den Friedenspräliminarien zu behandelnden Fragen. Danach sollen die vier Großmächte nach Ankunft Wilsons in Paris unter sich die Bedingungen vereinbaren, die den Feinden „ohne jede Diskussion mit ihnen“ auferlegt werden sollen. „Die rasche Festsetzung der Friedenspräliminarien mit Deutschland wirft die Frage seiner künftigen Verfassung auf.“ „Wir sind an der Förderung des Föderalismus interessiert sowie daran, ihm . . . eine feste Grundlage zu geben, indem wir durch die Klauseln des Vertrages die Kundgebungen der Uneinigkeit fördern.“ — Der Kongreß müsse zunächst die konkreten Abmachungen über den Krieg und dann die Organisation des Völkerbundes behandeln. Eine Verquickung der beiden Fragen empfehle sich nicht, weil „der Feind kein Recht hat, die Bedingungen, die ihm von den Siegern auferlegt werden, zu erörtern“, während zu den Verhandlungen über die Grundsätze des Völkerbundes sämtliche Völker, auch die feindlichen, zugelassen werden sollen. Die Grundsätze Wilsons seien „ihrem Charakter nach nicht genügend fest bestimmt,

um als Grundlage für ein konkretes Abkommen über den Krieg angenommen zu werden“, sie würden aber hinsichtlich des Abkommens über den Völkerbund „ihre volle Kraft wiedergewinnen“. „In sämtlichen früheren Kongressen haben die Vereinbarungen eines Vertrages . . . als Basis gedient, während der Kongreß von 1919 vorläufig keine feste Basis besitzt. In der Tat können weder die vier mit Bulgarien, Österreich-Ungarn, der Türkei und Deutschland unterzeichneten Waffenstillstandsverträge . . . noch die 14 Vorschläge der Präsidenten . . . eine konkrete Basis für die Arbeiten des Kongresses liefern.“ „Der Kongreß könnte sich endlich, wie das mitunter auch in der Vergangenheit geschehen ist, der Anrufung einiger der großen, auf Gerechtigkeit, Moral und Freiheit hinzielenden Grundsätze . . . unterziehen: Selbstbestimmungsrecht der Völker, Recht der Minderheiten, Aufhebung sämtlicher früherer Sondervereinbarungen, Erklärung, daß das Staats- und Kolonialgebiet, wie es die Alliierten am 1. August 1914 besaßen, nicht berührt werden soll, feierliche Verwerfung sämtlicher Verletzungen des Völkerrechts und der humanitären Grundsätze und Disqualifizierung der feindlichen Delegierten, die gebrochene Vertragsinstrumente unterzeichnet haben oder persönlich für Verletzungen des Völkerrechts oder für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind.“

29. November 1918.

Lloyd George erklärt in einer Wahlrede, Deutschland müsse die Kriegskosten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen.

10. Januar 1919.

Marshall Foch richtet an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte eine ausführliche Note, in der er „die Frage der Westgrenze Deutschlands unter dem Gesichtspunkt der militärischen Sicherheit der alliierten und assoziierten Mächte“ behandelt und zu folgenden Forderungen gelangt:

„Fortan muß der Rhein die militärische Westgrenze der deutschen Völker bilden; dem Deutschen Reich muß am

<sup>1)</sup> Der amtliche Name der Konferenz lautet: „Conférence des Préliminaires de Paix“.

linken Rheinufer jede Eintrittsporte, jeder Waffenplatz, d. h. jede Landeshoheit genommen werden, mit einem Wort, jede Möglichkeit, wie im Jahre 1914 rasch in Belgien und Luxemburg einzufallen, . . . Nordfrankreich zu erobern und gegen Paris vorzudringen . . . „Daraus folgt:

1. Der militärische Zutritt zu den linksrheinischen Gebieten und die politische Propaganda (I) in ihnen muß Deutschland völlig versagt, ja es müssen diese Gebiete vielleicht durch eine militärisch-neutrale Zone auf dem rechten Ufer gedeckt werden.
2. Die militärische Besetzung der linksrheinischen Gebiete muß durch alliierte Streitkräfte sichergestellt werden.
3. Den linksrheinischen Gebieten müssen die erforderlichen Absatzgebiete für ihre wirtschaftliche Tätigkeit gesichert werden, und zwar dadurch, daß sie mit den übrigen Weststaaten durch ein gemeinsames Zollsystem verbunden werden.“

„Unter diesen Bedingungen kann man gemäß dem allgemein anerkannten Grundsatz der Freiheit der Völker die Bildung neuer unabhängiger Staaten am linken Rheinufer, die sich unter den obenentwickelten Vorbehalten selbst verwalten, ins Auge fassen. Die Bildung solcher Staaten wird, unterstützt von einer festen natürlichen Grenze, dem Rhein, allein es ermöglichen, Westeuropa der Frieden zu sichern.“

12. bis 17. Januar 1919.

Vorbesprechungen für die Vorfriedenskonferenz. Der „Rat der Zehn“ übernimmt die Leitung der Konferenz. In ihm sind vertreten: Frankreich durch Clemenceau und Pichon, England durch Lloyd George und Balfour, Italien durch Orlando und Sonnino, Vereinigte Staaten durch Wilson und Lansing, Japan durch Chinda und Matsui.

Zur Geschäftsordnung bestimmt der Rat der Zehn u. a., daß die Presse außer den durch das Redaktionskomitee festgestellten Kommunikationen keine auf die Arbeiten der Konferenz bezügliche Informationen veröffentlichen, und daß die Bevollmächtigten keine Enthaltungen machen dürfen. Damit ist Punkt der 14 Punkte Wilsons außer Kraft gesetzt. Um die hierüber sehr erregten Pressevertreter zu beruhigen, sagt der „Rat der Zehn“ die Zulassung der Presse zu den Vollsitzungen grundsätzlich zu.

18. Januar 1919.

Eröffnungssitzung der Konferenz. Präsident Poincaré eröffnet die Konferenz mit einer Anklagerede gegen die Mittelmächte, denen er die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges zuschreibt, während er Frankreich und alle seine Verbündeten von jedem Anteil an der Schuld freispricht. Nachdem er den Weltkrieg als einen Kampf der durch Frankreich und seine Verbündeten vertretenen Idee der Gerechtigkeit gegen die durch die Mittelmächte vertretene Idee der unbeschränkten Gewalt hingestellt hat, preist er den Sieg der Alliierten als einen Sieg des Rechts. „Dieser Sieg ist vollständig . . . und es kommt Ihnen jetzt zu, im Interesse der Gerechtigkeit aus diesem vollen Siege die vollen Folgerungen zu ziehen . . .“ Im Lichte der moralischen und politischen Wahrheiten Wilsons „beabsichtigen Sie Ihre Mission zu erfüllen. Sie werden daher nur die Gerechtigkeit suchen.“ Die Gerechtigkeit fordere „Restitution und Reparation für die Völker und für die Individuen, die beraubt und mißhandelt worden sind“, sowie „die Bestrafung der Schuldigen und wirksame Bürgschaften gegen eine fätige Wiederkehr des Geistes, der sie verderbt hat“. „Zu gleicher Zeit . . . werden Sie eine allgemeine Liga der Nationen aufrichten, die eine höchste Bürgschaft gegen neue Anschläge auf das Völkerrecht bilden wird.“ — „Vor 48 Jahren, genau auf den Tag, am 18. Januar 1871, wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloß von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit schon in seinem Ursprung befleckt, und durch den

Fehler seiner Begründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Uebel gutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten. Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt . . .“ — Auf Wilsons Vorschlag wird Clemenceau zum ständigen Präsidenten der Konferenz gewählt.

23. bis 30. Januar 1919.

Der Rat der Zehn verhandelt über die Verteilung der deutschen Kolonien. Nachdem er grundsätzlich beschlossen hat, die Kolonien nicht an Deutschland zurückzugeben, fordern die Premierminister der englischen Dominien die Annexion der von ihnen besetzten Kolonien, die Franzosen die Annexion von Togo und Kamerun, die Japaner die Annexion der deutschen Rechte in der chinesischen Provinz Schantung (Kiautschou) und allen ehemals deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators. Wilson bekämpft zwar zunächst diese eilige „Verteilung der Beute“ unter den Großmächten und bekämpft bis zuletzt die nackte Annexion, läßt sich dann aber doch für Lloyd Georges Vorschlag gewinnen, der die deutschen übersseeischen Besitzungen den Mächten, die sie zur Zeit besetzt halten, als Mandataren des Völkerbundes zuweist. Dabei wird zwischen zwei Arten von Mandaten unterschieden: in Mittelafrika (Deutschsostafrika, Kamerun, Togo) übernimmt der Mandatar die Verwaltung unter gewissen humanitären, militärischen und handelspolitischen Bedingungen, Südwestafrika und die Inseln des australischen Stillen Ozeans werden „nach den Gesetzen der Mandatate und als integrierender Bestandteil ihres Gebietes“ verwaltet, was auf eine dürrig verschleierte Annexion hinausläuft.

25. Januar 1919.

Zweite Vollsitzung der Konferenz. Die Bildung eines Völkerbundes, dessen Säbung als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden soll, wird grundsätzlich gebilligt.

4. Februar 1919.

Der amerikanische Nahrungsmittelkontrollierer Herbert Hoover schreibt an Wilson: „Die Franzosen haben durch Hintertreibung jeder von uns vorgeschlagenen finanziellen Maßregel für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln bisher jeden Schritt der von uns seit drei Monaten versprochenen Nahrungsmittelversorgung vereitelt, indem sie uns zu zwingen suchen, Deutschland Geld zu leihen.“

7. Februar 1919.

Der von Loucheur (Frankreich) präsierte Ausschuß für die Entwaffnung Deutschlands erstattet folgenden Bericht („Loucheur-Bericht“): Die deutsche Armee soll sofort (mit Wirkung bis Friedensschluß) auf 25 Infanterie- und 5 Kavalleriedivisionen herabgesetzt werden und nur eine genau bestimmte Menge von Kriegsgerät behalten. Alles überschüssige Kriegsgerät ist abzuliefern. Deutschland darf während des Waffenstillstandes die Herstellung von Kriegsgerät nicht fortsetzen. Als sicherste Methode für die Durchführung dieser Bestimmung wird die Kontrolle gewisser deutscher Munitionsfabriken durch alliierte Sachverständige sowie die Fortschaffung oder Zerstörung von Spezialmaschinen empfohlen. „Es ist jedoch notwendig, der Möglichkeit vorzubeugen, daß Deutschland, nachdem die Alliierten die Besetzungsmenge verringert haben, solcher Kontrolle Hindernisse in den Weg legen und die Herstellung von Kriegsgerät wieder aufnehmen kann.“ Als eine wirksame Garantie empfiehlt der Bericht die Besetzung des Ruhrgebietes. „Die Wichtigkeit dieser Gegend ist . . . so groß, daß es für Deutschland, nachdem es einmal entworfen ist, praktisch unmöglich sein würde, wieder zu den Waffen zu greifen, wenn es über dieses Gebiet keine freie Verfügung besitzt. Die Verhinderung der Ausfuhr der Haupterzeugnisse dieser Gegend nach den unbesetzten deutschen Gebieten würde ferner vom wirtschaftlichen Standpunkte aus die einschneidendsten Folgen nach sich ziehen. Falls

die allgemeine Munitionskontrolle gestört oder unerlaubte Herstellung festgestellt wird, würde der Handel zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete verboten werden."

7. Februar 1919.

Von England unterstützt, lehnt Wilson im Rat der Zehn den „Loucheur-Bericht" als ein „Programm der Panik" ab.

10. Februar 1919.

Im Ausschuß zur Feststellung der deutschen finanziellen Verpflichtungen vertreten alle Mächte mit Ausnahme der Amerikaner die Auffassung, daß Deutschland alles zahlen müsse, was der Krieg gekostet habe: Sach- und Personenschäden und Kriegskosten. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Mr. Dulles, erklärt: „Wir haben kein unbeschriebenes Blatt vor uns, sondern ein Blatt, das einen Text enthält, an dessen Füge die Unterschriften von Wilson, Clemenceau, Orlando und Lloyd George stehen. Die Vereinigten Staaten schlagen daher vor, daß wir von Deutschland alle Reparationen fordern, aber nur diejenigen, die in dem mit Deutschland vereinbarten Vertrag über die Friedensbedingungen festgelegt sind." Der französische Finanzminister Klotz entgegnet: „Sie sprechen von einem Vertrag. Ich kenne nur einen, den die Alliierten und Deutschland unterzeichnet haben, den Waffenstillstand. Dort lese ich: 'Reparation der Schäden, unter dem Vorbehalt jeder weiteren Forderung der Alliierten und der Vereinigten Staaten.' Ich schließe daher einerseits, daß es keinen Vertrag gibt, nach dessen Bestimmungen man auf die Einziehung der Kriegskosten verzichtet hat, andererseits, daß der Waffenstillstandsvertrag einen Vertrag darstellt, nach dessen Wortlaut das Recht auf diese Einziehung ausdrücklich vorbehalten ist." Im Laufe der Debatte bemerkt der serbische Vertreter Prollich, daß Wilsons 14 Punkte nur Deutschland, nicht aber die anderen Kriegführenden verpflichteten. Dulles hält seinen Standpunkt aufrecht. Der Ausschuß beschließt, die Entscheidung des Zehnerrats herbeizuführen.

11. Februar 1919.

Im Völkerbunds-ausschuß wendet sich Wilson gegen den von Léon Bourgeois vertretenen französischen Plan, einen mit dem Recht der Inspektion versehenen Völkerbundsgeneralstab und eine Völkerbundsstreitmacht einzurichten. Er erblickt in dem Plan nur eine Methode, an Stelle „des nationalen Militarismus den internationalen Militarismus" zu setzen. Zum Inspektionsrecht des Völkerbundsgeneralstabs erklärt er: „Keine Nation wird in eine Kontrolle willigen — was uns Amerikaner anbelangt, so verbietet uns unsere Verfassung, in eine Kontrolle zu willigen."

12. Februar 1919.

Clemenceau fordert im Zehnerrat, daß den Deutschen bei der Erneuerung des Waffenstillstandes neue (auf die Leistung von Reparationen hinauslaufende) Bedingungen auferlegt werden sollen. Wilson fordert, daß man die endgültigen militärischen und maritimen Bedingungen festlege und den Deutschen überreiche, um zur sofortigen und vollständigen Entwaffnung Deutschlands und auch zur sofortigen Demobilisierung der verbündeten Armeen schreiten zu können. Clemenceau, der „förmlich vor Wut schäumte", wirft Wilson vor, daß er „die Frage in einem akademischen, theoretischen und doktrinären Licht" sehe; er (Clemenceau) kenne die Deutschen; er habe zu nichts Vertrauen als zu einem Militärfrieden, den man ihnen auferlegen müsse, sowie zu einer lange währenden, von militärischer Gewalt unterstützten Kontrolle. — Auf Balfours Vorschlag beschließt der Rat der Zehn, den Waffenstillstand ohne neue finanzielle Bedingungen auf unbestimmte Zeit zu erneuern und die endgültigen Entwaffnungsbestimmungen sofort in Form eines Präliminarfriedens festzulegen und den Deutschen zu überweisen.

13. Februar 1919.

Der Völkerbunds-ausschuß nimmt den Vorschlag an, einen Völkerbundsrat zu bilden, bestehend aus den

Vertretern der fünf Großmächte und vier kleineren Mächte. Dieser Beschluß bedeutete, wie Staatssekretär Lansing ausführte, „die tatsächliche Leugnung der Gleichheit der Völker bei der Regelung internationaler Angelegenheiten in Friedenszeiten durch die Anerkennung des Primats der fünf Großmächte im Ausführenden Rat des Völkerbundes".

14. Februar 1919.

Dritte Vollziehung der Konferenz. Wilson verliest den von der Völkerbundskommission einstimmig angenommenen Entwurf der Völkerbundsatzung und erläutert ihn in längerer Rede. In der anschließenden Aussprache sprechen sich England, Italien und Japan für den Entwurf aus. Léon Bourgeois (Frankreich) spricht den Wunsch aus, es möge ein dauernder Organismus (Völkerbundsgeneralstab) geschaffen werden, um die militärischen und marine-technischen Mittel vorzusehen und vorzubereiten zur Ausführung der Verpflichtungen, die der Entwurf den Mitgliedern auferlegt, und um deren unmittelbare Wirksamkeit in allen dringenden Fällen zu gewährleisten.

14. Februar 1919.

Wilson reist nach Amerika, um das Land für seinen Völkerbundsplan zu gewinnen und den sich dagegen regenden Widerstand zu bekämpfen.

23. Februar 1919.

Auf englischen Vorschlag beschließt der Rat der Zehn, in den Präliminarfrieden nicht nur, wie am 12. Februar beschlossen, die Entwaffnungsbestimmungen, sondern auch noch folgende Punkte aufzunehmen: Die ungefähren künftigen Grenzen Deutschlands, die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands, wirtschaftliche Bestimmungen, Verantwortung für die Übertretung der Kriegsgesetze. Damit ist die Absicht, einen Präliminarfrieden abzuschließen, tatsächlich ausgegeben. Dies wird auch am folgenden Tage in der französischen Presse verkündet.

25. Februar 1919.

Eine Denkschrift der französischen Regierung fordert: „im gemeinsamen Interesse einen gemeinsamen Schutz für alle friedlichen Demokratien, für den Völkerbund, für Freiheit und Frieden zu schaffen" und zu diesem Zwecke folgendes zu beschließen:

„1. Die deutsche Westgrenze soll an den Rhein verlegt werden.

2. Die Rheinbrücken sollen von einer interalliierten Truppenmacht besetzt werden.

3. Die obigen Maßregeln sollen keinerlei Gebietsverwerb zugunsten irgendeiner Macht nach sich ziehen."

In der zweiten der beiden Anlagen zu dieser Denkschrift heißt es:

„Der Verlust des linken Rheinuferes und Elsaß-Lothringens nimmt Deutschland 8 v. H. seiner Oberfläche weg. Er bedeutet eine Verringerung um 11 v. H. der Bevölkerung, ungefähr 15 v. H. des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs, 67 v. H. des Weinbaus, 12 v. H. der Kohle, 80 v. H. der Eisenerze, 35 v. H. der Steinerzeugung, 30 v. H. der Webstoffe."

6. März 1919.

Der dem Zehnerrat vorgelegte Entwurf der Entwaffnungsbestimmungen läßt Deutschland eine Armee von 200 000 Mann mit einjähriger Dienstpflcht. Der Entwurf wird auf Vorschlag Lloyd Georges verworfen, da er es Deutschland ermöge, in zehn Jahren zwei Millionen auszubilden.

8. März 1919.

Das Schatzamt der Vereinigten Staaten erklärt in einer an die Französischen und Italienischen Bevollmächtigten gerichteten Note, daß es „weder auf der Friedenskonferenz noch anderswo einer Erörterung irgendeines Planes oder Abkommens zur Erlassung, Konsolidierung oder Neuverteilung der im Besitz der Vereinigten Staaten befindlichen Schuldverschreibungen der fremden (alliierten) Regierungen zustimmen wird." Diese Erklärung bildet eines der

schwersten Hindernisse für eine großzügige und vernünftige Regelung der Gesamtheit der durch den Krieg geschaffenen finanziellen und wirtschaftlichen Fragen.

8. März 1919.

Lloyd George erklärt im Zehnerrat: „Die britischen Truppen seien empört über unsere Weigerung, Deutschland wieder zu verproviantieren. General Plumer habe erklärt, er könne die Verantwortung für seine Truppen nicht übernehmen, wenn es gestalte werde, daß Kinder halb verhungert in den Straßen umherirren.“

Clemenceau erwidert: „Zweifellos habe man aus gewissen Teilen Deutschlands äußerst jammervolle Berichte bezüglich der Ernährungsbedingungen erhalten; aber derartige Berichte bezögen sich offenbar nicht auf alle Teile Deutschlands. So habe ihm z. B. General Mangin erzählt, daß es in Mainz mehr Nahrungsmittel gebe als in Paris. Nach seiner Ansicht würden die Ernährungsschwierigkeiten wahrscheinlich durch schlechte Verteilung verschuldet.“

Lloyd George erklärt: „Britische Offiziere, die in Deutschland gewesen seien, erzählten, daß Bolschewismus geschaffen würde, und daß der bestimmende Faktor dabei die Nahrungsmittel seien... Wenn als Ergebnis einer von den Alliierten erzwungenen Hungersnot die Bevölkerung Deutschlands auszuschwärmen anfangen, werde daraus eine revolutionäre Bewegung unter den arbeitenden Klassen aller Länder entstehen, mit der man es unmöglich werde aufnehmen können.“

Clemenceau erwidert, daß „seine Informationen zu zagen scheinen, daß die Deutschen den Bolschewismus als Schreckgespenst benutzen, um den Alliierten Angst zu machen.“

10. März 1919.

Dem Zehnerrat wird ein neuer Entwurf der Entwaffnungsbestimmungen vorgelegt: Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, freiwillige Verpflichtung auf zwölf Jahre, 140 000 Mann. Auf Antrag Clemenceaus und Fochs wird die Stärke auf 100 000 Mann herabgesetzt.

11. und 12. März 1919.

Ein Sonderausschuß von Sachverständigen — bestehend aus Dr. Mezes (Ver. Staaten), P. H. Kerr (Großbritannien) und Tardieu (Frankreich) — verhandelt ergebnislos über die künftigen deutschen Grenzen. Im Laufe der Verhandlungen stellt P. H. Kerr u. a. fest: nach den verschiedenen von den einzelnen Kommissionen vorgelegten Vorschlägen würden etwa sechs Millionen Deutsche unter eine nichtdeutsche Regierung kommen, während nur 300 000 Nichtdeutsche in Deutschland zurückblieben. Tardieu erwidert hierauf: „Wenn wir bereit seien, alle diese Deutschen zu nehmen und sie den Polen und Tschechen zu geben, so könnten die Verbündeten sicher auch darauf bestehen, daß fünf Millionen Deutsche westlich des Rheins von Deutschland abgetrennt würden.“

12. März 1919.

Ein dem Sonderausschuß der Sachverständigen vorgelegter französischer Vorschlag fordert: 1. Verlegung der deutschen Westgrenze an den Rhein. 2. Besetzung der Rheinlinie und der rechtsrheinischen Brückenköpfe Kehl, Mannheim, Mainz, Koblenz, Köln und Düsseldorf durch internationale Truppen, Entfestigung des Gebiets 50 km östlich der neuen deutschen Westgrenze. 3. Linksrheinische Gebiete (Elsaß-Lothringen ausgenommen) werden in einen oder mehrere selbständige Staaten unter Schutz des Völkerbundes verwandelt. 4. Entfernung der jetzt im Amle befindlichen höheren deutschen und preußischen Verwaltungsbehörden aus den linksrheinischen Gebieten. 5. Liquidierung der deutschen Wirtschaftsinteressen auf dem linken Rheinufer. 6. Belieferung der neuen linksrheinischen Staaten mit der für ihre Industrie erforderlichen Kohle durch Deutschland unter Anrechnung auf Reparationen.

14. März 1919.

Wilson trifft wieder in Paris ein.

14. März 1919.

Unmittelbar nach Wilsons Rückkehr aus Amerika halten Wilson, Lloyd George und Clemenceau eine geheime Beratung ab, um für die weiteren Verhandlungen eine gemeinsame Basis zu finden. Wilson erklärt: „Wir müssen uns vereinen auf der Grundlage der neuen Ordnung, auf Grund iener (im ‚Vorfriedensvertrag‘) festgelegten und (von beiden Parteien) angenommenen Grundsätze, die den Völkerbund als Eckstein des Friedens anerkennen.“ Hartnäckig erwidert Clemenceau: „Zuerst muß Frankreich gesichert werden.“ Wilson weist darauf hin, daß Frankreich durch den Völkerbundsvertrag eine Weltgarantie als Sicherheit geboten worden sei; daß Amerika sogar noch weitergehen wolle und eine Spezialgarantie erwäge, bis der Völkerbund gegründet werden könne; daß mächtige Formationen alliierter Truppen als Schutz Frankreichs bis zur endgültigen Begründung des Friedens zurückgelassen würden. Clemenceau erwidert, dies sei nicht genug, Frankreich brauche ein militärisches Bündnis; der Rhein müsse eine strategische Grenze bilden und Deutschland müsse für alle Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht zum Krüppel gemacht werden. Wilson und Lloyd George erklären, daß sie keiner Besetzung des linken Rheinufers außer auf kurze Zeit als vorläufiger Bürgschaft für die Zahlung der deutschen Schuld zustimmen könnten. Andererseits bieten sie Frankreich ihre unmittelbare militärische Bürgschaft gegen jeden nicht herausgeforderten deutschen Angriff an.

15. März 1919.

Aus dem Gange, den die Verhandlungen während seiner Abwesenheit infolge des Beschlusses des Zehnerrats vom 23. Februar 1919 genommen haben, schließt Wilson auf die Absicht der Franzosen und Engländer, einen Präliminarfrieden unter Ausschluß der Völkerbundsatzung zu schließen. Um derartigen Bestrebungen entgegenzuwirken, läßt er öffentlich erklären, daß gemäß Beschluß vom 23. Januar die Errichtung des Völkerbundes zu einem integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages gemacht werden sollte; alle Gerichte über eine beabsichtigte Änderung dieses Beschlusses entbehren jeglicher Grundlage.

17. März 1919.

Als Antwort auf die am 14. März von Wilson und Lloyd George angebotene militärische Bürgschaft der Ver. Staaten und Großbritanniens stellt eine französische Denkschrift folgende Mindestforderungen für die Sicherheit Frankreichs: 1. 30jährige Besetzung, 2. Entmilitarisierung der deutschen Rheinlande westlich einer 50 km östlich des Rheines gezogenen Linie, 3. ständige amerikanisch-englisch-französische Aufsichtskommission in diesem Gebiet, 4. jeder deutsche Einmarsch in dieses Gebiet gilt als Angriffshandlung, 5. Frankreich darf die Rheinlinie und fünf Brückenköpfe besetzen, wenn Deutschland nach Ansicht der Aufsichtskommission gegen irgendeine Entwaffnungsbestimmung verstößt, 6. Grenze von 1814 und Besetzung des außerhalb derselben liegenden Teils des Saar-Kohlenbeckens zu Reparationszwecken ohne Gebiets-erwerb.

17. März 1919

Wilson verwirft den französischen Vorschlag einer dauernden Beaufsichtigung der deutschen Rüstungsindustrie und aller Industriezweige, die möglicherweise zur Erzeugung von Kriegsgut dienen könnten, als ein Mittel, „die Souveränität Deutschlands dauernd zu beschränken“. Dem könne er nicht zustimmen, da es die Fortsetzung der militärischen Kontrolle Deutschlands auf unbestimmte Zeit hinaus und das fortgesetzte Hineinreden, Einmischen und Ausspionieren von Geschäftsgeheimnissen bedeute. „Sollten die alliierten Armeen dauernd unter Waffen gehalten werden, um die Erfüllung der Friedensbedingungen zu überwachen, so würde nicht der Frieden, sondern eine militärische Herrschaft der Alliierten errichtet werden.“ Wilson erreicht, daß die Wirksamkeit der interalliierten Kontrollkommissionen auf die Zeit beschränkt wird, in der die deutsche Entwaffnung durchgeführt werden soll, und daß in allen Bestimmungen, die sich gegen die Überschreitung gewisser Ziffern richten, das Wort „niemals“ durch „nicht“ ersetzt wird.

selbst arm macht, wenn er zu falschem Konsum beiträgt, wenn er aus falschem Eigennutz gesunde Entwicklungen anderer Städte bekämpft. Die Reichszentrale für Heimatdienst leistet in dieser Beziehung ein Werk, das sich überaus hochschätze. Aber das ist noch viel zu wenig. Das deutsche Volk ist nicht genügend erzogen zur Produktionsgenossenschaft, zur dienstbaren Hingabe an den nationalen Güterdienst, zur Selbstbeteiligung in Art und Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung, die man eben auf die Dauer nicht sich selbst überlassen darf.

Die sehr im Auslande diese Fragen beachtet werden, und wie sehr darunter der Gagesstreit über Kleinigkeiten und die persönliche Reizung zurücktritt, lassen Sie mich an zwei Beispielen sagen. Mussolini hat in großem, pathetischem Aufzuge jüngst die methodische Forschungspläne dem italienischen Volke dargelegt. Ich möchte einige Sätze seiner Proclamation folgen lassen, die er am 3. Februar dieses Jahres auf dem Kapitol erließ.

„Die faschistische Regierung befestigt ihren Willen, das Problem der Wissenschaft und wissenschaftlichen Forschung in die vorberste Reihe der nationalen Probleme zu stellen.“

In einer späteren Stelle:

„Wir Italiener sehen als Zukunft eine stets intensiver werdende wissenschaftliche Forschung zugunsten der Industrie, der Landwirtschaft, der Verteidigung der Wirtschaft des Landes.“

## Die Haushaltspläne der deutschen Städte im Rechnungsjahr 1928.

### I.

Die Finanzwirtschaft der deutschen Gemeinden wird seit 1923 alljährlich von zwei nach Methode und Zweck völlig verschiedenen Erhebungen statistisch durchleuchtet. Einmal führt der Städtetag durch den Verband der Deutschen Städtestatistiker die Haushaltsansätze der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern in großen Zügen erfragen, zum andern erfasst das Statistische Reichsamt nach einem übersaus feinen — zum Teil allen sehr — gezielten Schema die rechnungsmäßigen Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden (vgl. Reichsfinanzstatistik). Die eingehende Fragestellung und der Umfang des zu erarbeitenden Materials bringen es mit sich, daß die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik erst eine so lange Zeitspanne nach dem Rechnungsabluß bekanntgegeben werden können, daß ihnen bei der immer noch stark flutierenden Gesetzgebung zum Teil nur historische Wert zukommt). Demgegenüber hat die oben genannte Haushaltsstatistik, die Dr. Seutemann-Hannover bearbeitet, den Vorzug größtmöglicher Aktualität, weil sie nur das zur Aufführung der Finanzpläne unumgängliche Notwendige erfragt und ihre Ergebnisse daher schon am Ende des Rechnungsjahres vorliegen; sie hat auch den weiteren Vorteil, daß sie die Doranschlagszahlen häufigweise mitteilt. Besonders durch diese erfreulich weitgehende Publizität haben sich ihre Ergebnisse trotz der offensichtlichen Mängel, die einer Statistik des finanzpolitischen Willens gegenüber einer Statistik des finanzpolitischen Seins naturgemäß anhängen, von denen der Reichsfinanzstatistik ab.

Wir sind daher schon jetzt in der Lage, die Zusammenfassung der städtischen Haushaltspläne für 1928 näher zu unterziehen). Interessere Betrachtungen beziehen sich allerdings — wie es bei einer Doranschlagsstatistik auch nicht anders möglich ist — nur auf den ordentlichen Haushalt, da verschiedene Städte Doranschläge für von außerordentlichen Haushalt nicht kennen, sondern für die außerordentlichen Ausgaben von Fall zu Fall die Bewilligung der Stadtverordnetenversammlung einholen.

### II.

Die ordentlichen Ausgaben der 76 deutschen Städte über 50 000 Einwohner wurden für 1927 auf 2882,6 Mill. RM., 1928 auf 3219,7 Mill. RM. veranschlagt. Sie fielen somit zwar um 337,1 Mill. RM., von denen jedoch nicht weniger als 188,6 Millionen RM. durch die Erhebungen der Personalbefolgung aufgezehrt wurden. Die persönlichen Ausgaben — ohne Arbeiter-

Das andere Beispiel: Der amerikanische Präsident Hoover hat in der Zeit seines Wirtschaftsministeriums in der Ausbreitung der Einsicht in Wirtschaftszusammenhänge unter Herbeiführung planmäßiger Wirtschaftsoperationen zwischen Unternehmern, Kapital, Arbeitern und Konsumenten in den verschiedenen Erwerbsstätten seine Hauptaufgabe erblickt. Er hat dazu fast kein Geheiß gebraucht. Aber immer erneut entströmte seiner schöpferischen Persönlichkeit der Antrieb, die Menschen wirklich aufzuklären und zur Wirtschaftsoperation zusammenzuführen. Welche Erfolge dieses Tun hatte, läßt sich in Zahlen schwer ausdrücken. Aber amerikanische Wirtschaftsspezialisten schätzen das Gesamtmaß der jährlichen Wirtschaftsverbesserungen der Vereinigten Staaten, die auf solche Weise etwa in den letzten sieben Jahren erzielt wurde, soweit sie sich ziffernmäßig ausdrücken läßt, auf Dollarmilliarden.

Drei Zahlen illustrieren den Zustand bei uns. Für die Folgen des Krieges zählt jede deutsche Familie im Jahr durchschnittlich 400 bis 500 Mark an äußeren und inneren Kosten. Für den Genuß des Augenblicks, den Konsum an Trinkalkohol und Rauchtobak, zählt jede deutsche Familie durchschnittlich im Jahr über 500 Mark. Und für die Wirtschaftszukunft, soweit sie auf der Forschung beruht und durch Reich und Länder gepflegt wird, zählt jede deutsche Familie im Jahr etwa 14 Mark. Wir werden uns mehr um unsere Zukunft kümmern müssen!

löhne — nahmen somit 1928 mit 32,5 v. H. nahezu ein Drittel der Gesamtausgaben in Anspruch, während sie 1927 noch nicht 30 v. H. erreichten. Ihr Anteil war allerdings in den verschiedenen Städtegruppen verschieden hoch. So machten sie 1928 in Berlin 34,9 v. H., in den übrigen Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern (Gruppe A) 30,3 v. H., in den Städten mit mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern (Gruppe B) 34,1 v. H., in den Städten zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern 34,6 v. H. der Gesamtausgaben aus. Da auch die Ausgaben für Vergütung und Tilgung von Anleihen von 142,2 auf 185,2 Mill. RM. oder um 41 Mill. RM. gestiegen sind, haben für die sonstigen sachlichen Mehraufwendungen gerade 107,5 Mill. RM. zur Verfügung, d. h. noch nicht 4 v. H. der Ausgaben des Jahres 1927. Auch von diesem Betrag dürfte noch ein Teil durch Erhöhungen der Arbeiterlöhne absorbiert sein. Abdrängen heißen die anteiligen Ausgaben für Tilgung und Vergütung je kleiner die Städte der einzelnen Gruppen sind. So werden abdrängen 8,0 v. H. die Städtegruppe A 6,2 v. H., die Städtegruppe B 7,2 v. H. und die Städtegruppe C durchschnittlich 8,0 v. H. der Ausgaben für Vergütung und Tilgung auf.

Mit der Erhöhung der Ausgaben hielten die eigenen Einnahmen der einzelnen Verwaltungen nicht gleichen Schritt. Konnten 1927 1155,5 Mill. RM. oder 40,0 v. H. der Ausgaben durch eigene Einnahmen der Verwaltungszweige gedeckt werden, so im Jahre 1928 zwar 1242,5 Mill. RM., das sind jedoch nur 38,6 v. H. Der Rückgang der eigenen Einnahmen ist in allen vier genannten Städtegruppen zu verzeichnen. Der Zuschußbedarf wuchs hierdurch von 1788,1 Mill. RM. auf 1987,2 Millionen RM. oder um 14 v. H. Im Jahre 1928 sollten somit nicht weniger als 81,4 v. H. der Ausgaben gegen 60,0 v. H. im Jahre 1927 durch öffentliche Mittel und Steuererinnahmen, Betriebsüberschüsse, Kapitaleinzünfte usw. bedeckt werden.

Unter den allgemeinen Einnahmestritten sind in beiden Jahren die Einnahmen aus Steuern an erster Stelle. Sie sollten 1927 mit 1572,0 Mill. RM. 78 v. H., 1928 mit 1574,4 Mill. RM. 79,2 v. H. des Zuschußbedarfs aufbringen. Neben ihnen spielen nur noch die Betriebsüberschüsse eine größere Rolle. Für sie wurde ein Mehrbetrag von 45,4 Mill. RM. eingeseht — eine Summe übrigens, die die Vermehrung der Ausgaben für Vergütung und Tilgung noch um 4,4 Mill. RM. übersteigt —, so daß sie mit 354,0 Mill. RM. etwas mehr als ein Sechstel des Bedarfs decken. Ihre anteilige Bedeutung ist gegenüber 1927 so gut wie unermindert geblieben. In Berlin, den Städten der Gruppe B und der Gruppe C ist ihre Bedeutung gestiegen, nur in Gruppe A ist sie gesunken.

Man hätte annehmen können, daß die Übernahme der Kosten der unterliegenden Erwerbsloshilfe für das Reich eine grundsätzliche Umwälzung des inneren Gleichgewichts des Gemeinde-

\*) Es sind beifolgend die heute erst die Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1926 in großen Zügen bekannt, die für eine Beurteilung der gegenwärtigen Ausgabenstellung allein schon nach der Erhebung der Reichsstatistik für Arbeitsvermittlung und nach der Beibehaltung der Form nicht mehr ausreichen.

\*) Vgl. die „Zusammenfassende“ im Statistischen Jahrbuch Preussischer Städte XXIV. Jahrgang, I. Lieferung S. 182 ff.

haushalts mit sich bringen würde. Keiner ist dies nicht der Fall. Auch immer sieht der Zufußbedarf des Wohlfahrtswesens mit nahezu 30 v. H. an der Spitze. Allerdings wird dieser Satz stark durch die Berliner Zahlen beeinflusst. So beträgt der Anteil des Wohlfahrtswesens in Berlin 54,2 v. H., dagegen im Durchschnitt der Gruppe A 29,2 v. H., der Gruppe B 27,5 v. H., der Gruppe C 25,0 v. H. Er nimmt in der Gruppe C somit nur ein Viertel des Gesamtbearbeitungsanspruchs. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Zufußbedarf des Wohlfahrtswesens nach den Rechnungsarbeiten für 1928 noch größer sein wird als nach den Vorschlägen, da die Arbeitslosigkeit, die Ausperrungen in großen Industrien und die lange Kalperiode gewaltige Mehraufwendungen erfordern. Auch die niedrigen Unterstützungssätze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung machten zusätzliche Unterstützungen der Gemeinden notwendig. So wuchsen die Fürsorgekosten je Einwohner im Durchschnitt der Städte über 50 000 Einwohner von 5,90 RM. im Vierteljahr April/Juni auf 6,18 RM. im folgenden Vierteljahr. Sie erreichten im Vierteljahr Oktober/Dezember 1928 einen Betrag von 7,28 RM., erhöhten sich somit gegenüber dem ersten Vierteljahr um mehr als 20 v. H. Für die „ausgefeuerteten“ Erwerbslosen (sog. Wohlfahrtsverweilenden) und für Zufußunterstützungen für die Empfänger von Erwerbslosen- und Arbeitsunterstützung wurden von 20 Städten in den beiden letztgenannten Vierteljahren je 25 Mill. RM. ausgegeben, d. h. jedesmal rd. 25 v. H. der Gesamtausgaben dieser Städte für Fürsorgeweise. Die Ausperrungen in der westdeutschen Industrie wirkten sich dahin aus, daß im Vierteljahr Oktober/Dezember beispielsweise in Essen 21 649, in Mülheim 10 961, in Hamborn 8709, in Gelsenkirchen 12 415 ausgeperrte Metallarbeiter unterliefert werden mußten. Die Kosten für diese Maßnahmen betragen in dem genannten Viertel-

jahr in Essen 1,7 Mill. RM., in Mülheim 729 000 RM., in Hamborn 650 000 RM., in Gelsenkirchen nahezu 900 000 RM.). Tatsächlich dürfte daher der Anteil des Zufußbedarfs der Wohlfahrtspflege gegenüber 1927 eher zu- als abgenommen haben. An zweiter Stelle steht, wie 1927, der Bedarf des Schul- und Bildungswesens mit mehr als einem Drittel des Gesamtbedarfs (26,1 v. H.). An dritter Stelle steht das Bau- und Straßensystem (mit 16,9 v. H.), das 1928 einen höheren Teil des Bedarfs beanspruchte als alle übrigen (Praxis und Planung (mit 15,7 v. H.), zu der neben der Kosten der Generalverwaltung die Ausgaben für die Märkte und die Polizei gerechnet wurden. Die Erhöhung des Zufußbedarfs für Schule und Bildung sowie für die allgemeine Verwaltung ist auf den hohen Anteil der persönlichen Ausgaben auf diesen beiden Verwaltungsgebieten zurückzuführen. Die Besoldungsreform mußte sich daher gerade hier besonders auffällig auswirken. Für Bau- und Straßensystem waren vorwiegend sachliche Mehrausgaben vorgezogen.

Die Haushaltspläne der größeren deutschen Städte trugen so im Rechnungsjahr 1928 untreulich das Merkmal größter Sparsamkeit. Die Steigerung des Zufußbedarfs gegenüber 1927, die auf den Einwohner berechnet noch nicht 9 v. H. beträgt, hielt sich in Anbetracht der unermesslichen Erhöhung der öffentlichen Ausgaben in überaus majestösen Grenzen. Es ist nur dem Umstand, daß die meisten Gemeinden die Wohlfahrtsausgaben in annehmbarer derselben Höhe ansetzen wie 1927, zu verankern, daß Nachtragshaushalte und Nachtragsumlagen fast überall vermieden werden konnten, denn die tatsächlichen Einnahmen an Steuern, die etwaige größere Fehlbeträge hätten decken müssen, überschritten die Einflüsse in kaum einer Stadt um mehr als 5 v. H.

Dr. K. Marder, Berlin.

## Ludwig Knaus / Zum 100. Geburtstag.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Er hat das biblische Alter von 81 Jahren erreicht: Am 5. Oktober 1829 in Wiesbaden geboren, ist er am 7. Dezember 1910 in Berlin gestorben. Sein Raum lebte und wuchs mit ihm. Knaus gilt heute, hundert Jahre nach seiner Geburt, immer noch als einer der wesentlichsten Vertreter der wilhelminischen Ära, ihrer Kunst- und Weltanschauung, ihrer Vorliebe für das literarische und ihrer soliden realistisch durchgearbeiteten Malerei. Er teilt diese Schätzung etwa mit Menzel, Freytag, Dantier und den Achenbads. Aber es ist nur ein Teil seines Wesens darin eingegangen und nicht einmal der beste.

Denn er war zwar von Anfang an ein Genremaler und hat seine größten Erfolge auf diesem im 19. Jahrhundert außerordentlich geschätzten Gebiete erzielt, aber er war auch weit mehr. Wir haben uns vielfach daran gewöhnt, in der Betonung interessanter und sensationeller Inhalte etwas Verwerfliches zu sehen; wenigstens in der Malerei. Das Sittenbild hat seine überragende Rolle ausgeübt, seit die Söhne von Paris pour Paris aus dem Paris der Impressionisten ihren Weg auch nach Deutschland gefunden hat, und es ist fälschlich galt, ein Spargelbündel zu malen als eine Madonna. Daß ein prachtvoll gemalter Spargel einem stilperferbsten Altarblatt mit der Mutter Gottes künstlerisch vorzuziehen sei, daran besteht ja nun wohl kein Zweifel. Aber damit ist noch nicht die Frage entschieden, ob es richtiger sei, einen nichtsagenden Allermittelstich zu malen als einen bedeutenden Gegenstand, und was in jedem Falle kostbarer sei und mehr Laufzeit auf Gelingen biete. Letzten Endes muß diese ganze mühsige Streiterei um Wert und Unwert des Gegenstandes von der Persönlichkeit entschieden, deren Darstellungskraft und Darstellungsmittel nur zu einem Stillleben gehen kann oder sich den höchsten Jochen der Menschheit gewachsen zeigt. Hauptache ist, daß jedesmal genutzt wird, was gewollt ist, daß die Darstellung überzeugt und ein Kunstwerk von schöpferischem Wert ist.

Aber so dachte man im 19. Jahrhundert nicht. In der Zeit, da Knaus auftrat, in den fünfziger Jahren, waren die Grundlagen der europäischen Kultur bereits so erschüttert, daß Publikum wie Kritik nur noch nach dem Inhaltlichen in der Kunst fragten und die Werte von Bildern nach dem Grad ihrer Naturtreue beurteilten, d. h. nach der Annäherung an das fatale Ideal der Farbenphoto-

graphie (die es damals technisch noch nicht gab, deren Wesen aber als Erfüllungsimmer der Kunst aller Urteilssfähigen vorsehndete und in den Spitzen der Malerei auch seinen Ausdruck fand). Vielleicht scheint das übertrieben, aber man braucht nur in die Wälder der anerkannten Größen wie Rosenberg und Decht hineinzufahren oder zeitgenössische Urteile etwa von dem unfehlbaren Meister der Kritik, wie sie dazumal blähten, von Ludwig Pfaff, in die Hand zu nehmen, um die Richtigkeit dieser erstaunlichen Behauptung bestätigt zu finden. Sie beschreiben die Bilder und beurteilen ihren Wert ganz schlicht und anspruchslos nach ihrem Sachinhalt und ihrer Ähnlichkeit mit der sogenannten Wirklichkeit.

Infolge dieser äußerst unkünstlerischen Einstellung der Kulturwelt war es für einen Künstler schwer, sich anders als auf realistische, d. h. naturangleichen, und anerkannte Weise durchzusetzen. Das Schicksal der großen Württembergers, der Idealisten Feuerbach, Marées und Böcklin, beweist diese Regel; und im positiven Sinne der ungetreue Erfolg der Genrebilder von Knaus und Dehnbauer. Wer weiß, mochten diese großen Talente gelangt wären, wenn nicht schon ihr erstes Auftreten einen ungeahnten Beifall der Zeitgenossen auslöste und sie mit sanfter Überdrosskraft genötigt hätte, auf dem einmal eingeschlagenen Wege immer weiterzugehen. Sie kamen gar nicht zu der Überlegung, ob dieser Weg auch der richtige wäre, ob sie nicht auf anderem Gebieten etwas Wertvolles hätten leisten können; sie waren einmal als Sittenmaler des Bauern- oder Kinderlebens abgestempelt und hatten nicht mehr die Wahl, etwas anderes zu malen. Ihr Publikum hätte ein Abweichen von der Regel mit Befremden abgesehen. Das Geßel der Beharrung hat auch in der Kunst seine Gültigkeit; mit dem, der seine Auftragsgeber enttäuscht! Das tragische Schicksal Rembrandts wird für alle Zeiten das abschreckende Beispiel dafür bleiben.

Als Sohn eines kleinen schwäbischen Offiziers brachte Knaus seine Jugend in Wiesbaden zu, das er sein ganzes Leben lang geliebt hat. Die übliche Akademischschulung fand er in jungen Jahren (und merkwürdigerweise gerade in derselben Zeitpanne wie sein aus dem benachbarten Speyer stammender gleichalterer Antipode Feuerbach) in Düsseldorf; 1845—1848 war er dort Schüler von



Bildnis aus dem Jahre 1855

1) Vgl. Statistische Vierteljahrsberichte des Deutschen Statistisches, Heft 2: „Personenstand der öffentlichen Fürsorge und Fürsorgekosten.“



Annuus Sambrechtpleter 1862

nach dem schwäbischen Dorfe Willingshausen überfiedelte, das durch ihn und seinen Vorgänger Dielmann hohe Berühmtheit erlangt hat. Das unentzerrbare Schicksal selber hat Annuus hierher gezogen oder eher noch sein Instinkt; denn er fand dort alle Voraussetzungen seiner Kunst, malerisch alte Wälder, unerfälschtes Bauerntum und ein wenig Hügelandschaft und heffische Dorfarchitektur. Seine ausgezeichnete Begabung für Realistik konnte sich hier in Darstellung des Bauernlebens genaugen. Das erste und ausschlaggebende Resultat war der „Heffische Bauernzant“ unter der „Kinde“, den Ludwig Pfaff bei seiner Ausstellung in Berlin 1850 der berühmten „Tafelrunde Friedrich des Großen“ von Menzel ebenbürtig an die Seite stellte.



Annuus Frau G. Moos, geb. Spellenberg

Das war der kritische Moment. Annuus hatte mit seinem Bauernrealismus gefiegt; er konnte nur noch sein Gebiet

Karl Sohn. Aber seine Ideale waren die holländischen Sittenschilderer Diabde und Brouter, und der Geist der Düsseldorf Akademie war seinem Instinkt auf Wiedergabe des Volkslebens so sehr entgegengeleitet, daß Annuus schließlich im Rekonvaleszenzjahr 1848 sich selbständig machte, das Reich des ihm feindlichen Dierfords Schabow verließ und gemeinsam mit seinem Freunde Schreyer



Annuus Kagenmama

hausen, seiner „Kagenmutter“, der „Goldenen Hochzeit“, aus den fünfziger Jahren wieder erwidert. Diese und ähnliche Werke bilden noch heute den Maßstab, nach dem man ihn beurteilen soll, und vor allem dann die Bildnisse der Fröhlichkeit. Noch das riesige Familienbild der Familie Stroußberg aus dem Schicksalsjahre 1870, das auf der großen Ausstellung „100 Jahre Berliner Malerei“ im Sommer 1929 als Hauptstück zu sehen war, wirkt verhältnißlich durch seine Physiologie und großartige Pracht der Repräsentation; Bildnisse aus früheren Jahrzehnten, wie das von Waagen, von Wille, Steinfarth, Suermondt, Rané und das seiner Eltern, gehören ihren malerischen und psychologischen Werten nach zu den kostbarsten Dokumenten ihrer Zeit.

differenzieren, durch Kinderjahren (etwa in der Art der „Kartenpielerden“ Schülerjungen“ oder „Mit die Alten Jungen“), durch Hofsohnen und Segenswörterbilder aus dem volkstümlichen Großstadtleben, um zu dem Rang des größten Sittenschilderers seiner Zeit aufzusteigen.

Wir werden heute seine Frühbilder am höchsten werten, weil sie am idyllischen gemalt sind. Es war das Schicksal dieser deutschen Meister von Athen nach bis zu Böcklin, daß sie ihr malerisches Handwerk mit der Zeit einbüßten, weil es unwichtig, weil es nicht verlangt wurde, Niemand hat Annuus die malerische Schönheit seiner Bauernbilder aus Willingshausen, „Spaziergänge im Tullerengarten“, der „Goldenen Hochzeit“, aus den fünfziger Jahren



Annuus Der Jäger

## Zur Zeitgeschichte

### Der Friede von St. Germain.

Am 2. September 1919 erhielt die österreichische Regierung den endgültigen Wortlaut der Friedensbedingungen. In der Note vom 6. September gab die österreichische Regierung die Erklärung ab, daß sie zwar zur Unterzeichnung bereit sei, erbot aber freiwilligen Nationalaufstand gegen die Dergewaltung beschließen hatte. Diese Deklaration behält historische Bedeutung nicht nur für Österreich selbst, sondern für alle jene, die in der Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland die Zukunftsaufgabe des deutschen Volkes erblicken. Sie lautet:

„Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Lebenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß, sobald der Friede den Geist nationaler Gehörlichkeit und Feindseligkeit, den der Krieg herbeigerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerverbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern werde.“

Die Wirkungen des Friedensvertrages waren in territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht gleich verhängnisvoll. Es ist damals in Deutschland nicht hinreichend erkannt worden, daß Deutschösterreich in Bezug auf Gebietsabtretungen unendlich schwerere Bedingungen erhalten hätte als Deutschland in Versailles. Deutschösterreich verlor zwei Fünftel des Gebietes, auf das es nach dem Prinzip der Selbstbestimmung Anspruch hatte. Am schmerzlichsten war der Verlust Deutschböhmens und des Sudetenlandes, jener un- deutschen Gebiete, die sich im November 1918 kraft freien Entschlusses

an Deutschösterreich angeschlossen hatten. Diese Gebiete wurden nun im Friedensvertrage unter tschechische Fremdberrschaft gestellt. Die Größe des Verlustes für Deutschösterreich mag am besten durch einen Vergleich gekennzeichnet werden: Die jüden- und tschechische Gebiete sind nahezu so groß wie Belgien, ihre durchwegs deutsche Bevölkerung kommt mit 3½ Millionen etwa der der Schweiz gleich. Bedenkt man, daß es sich nicht etwa um eingebautete Gebiete, sondern um ein durchaus geschlossenes, an Deutschland angrenzendes Sprachgebiet handelt, das seit jeder deutigen war, und dessen Bevölkerung sich in jedem nationalen Kampfe gegen die Slaven erhalten hatte, dann wird der Schmerz Deutschösterreichs und die Erbitterung Sudetendeutschlands begrifflich. Für Deutschösterreich bedeutete dieser Verlust außerdem den Verlust seines reichsten Industriegebietes. Deutschböhmen lieferte dem alten österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebiete Kohlen aus seinem reichen nordwest-böhmischen Glasindustrie usw. Es war fast jenes Gebiet, das den Alpenländern an Steuerleistung voranstand. Die kausenbühligsten Verbindungen, die dies Industriegebiet mit Wien und den Alpenländern verband, sollte nun durch den Friedensvertrag zerfallen und Österreichs Schicksal als wirtschaftliches Rumpfstück besiegelt werden. Die Trauer um das nationale Schicksal der 3½ Millionen Sudetendeutschen, die als hoffnungslos Minderheit über die Kügel, die die tschechischen Unterhändler in St. Germain in dem berühmten Memoire 3 vorgebracht hatten, um ihrem Staate diesen Gebietszuwachs zu geminnen, indem sie erklärten, daß die jüden- und tschechischen Gebiete kraft eigenen Willens sich mit den anderen Nationen zur tschechoslowakischen Republik zusammenschließen hätten, führte dann zu den gewaltigen Demonstrationen in Deutschböhmen und in Deutschösterreich. Ebenso schmerzlich wie der Verlust Deutschböhmens war die im Friedensvertrag erzwungene Abtretung Südtirols. Das Gebiet, das Walther von Vogelweide herbeigerbracht, in dem Andreas Hofer gelebt und gewirkt hatte, das seit Jahrhunderten von Deutschen mit stolzem Freiheitsinn

und Selbstbewußtsein demotiert war und durch seinen Weinbau im fremdenverkehr ein wesentliches Aufblühen in der deutschösterreichischen Wirtschaft darstellen sollte, kam zu Italien. Die deutschösterreichische Regierung hatte sich seit den Novembertagen 1918 keinem Irrtum darüber hingelassen, daß in Südtirol wesentliche Gebieteile an Italien fallen würden. Sie hatte auch stets erklärt, daß sie bereit sei, den Italienern eine strategische Grenze zu geben, um ihre Befürchtungen von Einfällen im Norden zu zerstreuen. Sie hatte von vornherein stets erklärt, daß die von Italienern bewohnten Gebiete Südtirols oder auch die überwiegend italienischen Teile des Trentino-Gebietes abgetrennt werden sollten. Sie hatte aber das Recht zu hoffen, daß die Ententeächte die arbeitsfähigen Gebiete Südtirols bei Deutschösterreich belassen würden, wie ihr eigener Wille und historische, wirtschaftliche, nationale Gesichtspunkte es forderten. Der Friedensvertrag hat die Grenze am Brenner festgesetzt und der Seidensweg, den jeder Deutsch-Südtirol im schicksalreichen Italien zurücklegen mußte, die fortschreitende Entdeckung des Gebietes werden in Österreich und in Deutschland als eine der schmerzhaftesten Folgen des Friedensvertrages von St. Germain betrachtet.

In der Untersteiermark und Kärnten hatte die Begehrtheit der Südtiroler Gebiete von Deutschösterreich getroffen, die seit der Karolingzeit deutsch waren. In Marburg, Pettau und Raasdorf waren der südtirolischen General Majorität einmüßig und hatte die Gebiete in Wasser und Befestigung zu bringen. Die unzugängliche Solbatesst eingedrungen und hatte sogar Klagenfurt besetzt. Der heldenmütige Kampf der Kärntner um ihre Heimat, an dem bezeichnenderweise gegen Jugoslawien auch die in Kärnten lebenden Slovenen teilnahmen, hatte zwar Klagenfurt für Deutschösterreich retten können, dagegen blieb die Untersteiermark endgültig verloren. Der Friedensvertrag zog auch diese Grenze nicht so, wie es Wilson seinerzeit angeordnet hatte, „daß allen genau umschriebenen nationalen Ansprüchen die höchste Befriedigung zuteil werden sollte“, sondern er ignorierte den Anspruch der Südtiroler auf Deutschösterreich zu bleiben und zog die Staatsgrenze durchaus so, wie es das Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen verlangt hatte, indem nicht das zerstreute slowenische Dorf zu Jugoslawien kam, auch wenn ganz deutsche Bezirke mit großen deutschen Städten damit unter die Fremdberrschaft fallen sollten.

Diese tiefergehenden Gebietsverluste, die Deutschösterreich auferlegt wurden, konnten auch nicht dadurch gemildert werden, daß Deutsch-Ungarns, das Burgenland durch den Friedensvertrag Österreich zugebilligt wurde; in der zweifelhafte Ablicht, als dauernder Zankapfel zwischen Österreich und Ungarn zu wirken. Das Schicksal Österreichs war durch diese Gebietsverluste befestigt. Es wurde ein wirtschaftlich lebensunfähiger Spongsstaat geschaffen, den nur eines aus seiner Isolierung retten konnte: der Anschluß ans Reich, und auch das hatte der Friedensvertrag den letzten Ausweg verbaut. In der Sitzung des 2. September war plötzlich ein Artikel als eingeschoben worden, der erklärte: Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes eine Veränderung zuläßt.“ Dieser Artikel hatte, dem klaren Anschlußwillen Österreichs zum Trotz, die Wiedervereinigung an eine Bedingung geknüpft, deren Erfüllung noch aussteht. Gerade das hat die Österreicher am meisten erbittert: nicht nur, daß der von ihnen selbst angenommene Name „Deutschösterreich“ von den Vertragsmächten nicht anerkannt und der Name Österreich auferlegt wurde, sondern, daß auch der erhoffte Anschluß hintertrieben werden sollte. Den Flammeben Protesten dagegen, die die österreichische Regierung und Nationalversammlung in allen reichhaltigen Gebieten an. Freute, sein Jahr nach St. Germain, meiß die Welt, daß Österreich selbst nach wie vor lebensfähig ist und daß es nach wie vor den Anschluß an das Reich erstens. Es wird Aufgabe des Völkerbundes sein, den zwingenden wirtschaftlichen Tatsachen und dem unerschütterlichen Willen der Deutschen Österreichs Rechnung zu tragen, ihre Wiedervereinigung mit dem Mutterlande zu gestatten und damit zugleich die Befriedigung Europas zu fördern.

Dr. Richard Mischler.

### Neue Beunruhigung für Nordfriesland.

Die Deutsch-Nordfriesche Woche in Kiel hat für die nordfrieschen Götze und die deutschen Götzeber ein übereinstimmendes günstiges Ergebnis gezeigt und bewiesen, daß die Kulturverbundenheit zwischen Deutschland und den nordfrieschen Ländern eine lebendige Tatsache ist, nicht nur eine billige Redensart, geschweige ein bloßes Propagandamittel, das politische Ziele verberbt.

Daß die Kundgebung der Deutsch-Nordfrieschen Woche in der Hauptstadt Schleswig-Holsteins stattfand und eine so befriedigende Wirkung ausübte, scheint auch auf die politischen Gegensätze in Nordfriesland wohlwollend gewirkt zu haben. Die Ausichten, die ferner das zweite Kabinett Stauning jetzt den nordfriesch-wigischen Schulwünschen eröffnet, dürfen, wenn auch keine volle Befriedigung, so doch manche bemerkenswerte Teilerfüllung bringen. Gegenüber diesen verjünglichen Anzeichen bedeutet das neue Bodengesetz zur Förderung der Siedlung in Nordfriesland vom 24. Mai 1929, das

der dänische Reichstag im Mai dieses Jahres beschloß und möglicherweise 10 Millionen Kronen bewilligt hat, eine neue schwere Belastung der deutsch-dänischen Beziehungen. Es handelt sich bei diesem Gesetz und den dafür benötigten Mitteln nicht etwa nur darum, größeren Besitz in kleineren aufzuteilen oder unbebautes Land unter Kultur zu bringen, sondern es geht darum, den ausgeschiedenen kleinen Besitz und das etwaige Neuland dänischen Siedlern aufzulassen und damit die Kopfzahl der dänischen Bewohner Nordfrieslands gegenüber der deutschen Minderheit künstlich zu erhöhen. Das ist zugleich unerlaubt bei der Aufzählung des Gesetzes in Dänemark ausgesprochen worden. Es ist das selbe Verfahren, nach dem man in Nordfriesland bald nach der Abtretung durch reichsdänische Beamte und Gewerbetreibende eine größere dänische Mehrheit schaffen wollte als die tatsächliche vorhanden hatte. Nachdem man die „Zusatzgesetzgebung“ E. P. Hansen auf kulturlosem Wege durch Aufzwingung der dänischen Sprache, Abbau des deutschen Schulunterrichts und ähnliche Maßnahmen in einem Jahrzehnt nicht hätte durchführen können, indem die deutschen Hülfer bei den dänischen Reichstagswahlen konstant blieben, versucht man jetzt eine Majorisierung auf landwirtschaftlicher Grundlage. Im Abergang der geplanten Aktion hat man in Dänemark von 100 000 neuen Menschen für das zu besiedelnde Gebiet gefordert; auch die Hoffnung auf 5000 neue ländliche Siedlerstellen, die man in interessierten dänischen Kreisen hegt, dürfte sich kaum erfüllen. Aber mit der Hälfte, 2000 bis 3000 Siedlern und somit rund 10 000 bis 15 000 Köpfen, kann man wohl rechnen. Es scheint doch so, als ob man die Gesellschaftsstruktur einzelner landwirtschaftlicher Produktivität gar nicht so in den Vordergrund gehoben hat, als vielmehr die Inanspruchnahme der Gebiete. Die bisher einmal ausgesprochenen deutsche Mehrheit haben, wie vor allem die Straße nördlich der Grenze von Grönsö bis Lønborg.

Bei der Abstimmung des Gesetzes hat sich der Vertreter der Deutschen, Pastor Schmidt-Wobbe, seiner Stimme enthalten, weil er antworten wollte, wie das Ausführgesetz, das erst im Herbst beschloßen wird, ausfallen wird. Der deutsche Abgeordnete wird zweifellos darauf hinzuwirken suchen, daß bei dieser Besiedlung nicht nur dänische, besonders reichsdänische Kanawerz herbeiführt werden, sondern vorwiegend nordfriesch-wigische und darunter wieder eine gebildete Anzahl von deutschen. Man muß bereits jetzt sein Augenmerk auf dieses Ausführgesetz richten. Sollte sich die Besiedlung beschränken, daß bei ganze Siedlungsgebiet nicht nach da ist, um Landwirten Erwerb zu geben und die Wirtschaft Nordfrieslands im ganzen zu heben, sondern nur, um die dänische Mehrheit des abgetrennten Gebietes künstlich zu vergrößern, so muß bereits jetzt auf die schwere Gefahr hingewiesen werden, die damit auf neue die deutsch-dänischen Beziehungen bedroht, die sich allmählich einer fühlbaren Besserung zu erheben begannen. Hoffentlich kann die jetzigen dänischen Regierungsparteien die Einsicht, daß die Pflege dieser Beziehungen wichtiger ist als eine künstliche Hebung der nationalen Statistik in Nordfriesland.

### Die Kämpfe zwischen Arabern und Juden in Palästina.

Die Kämpfe zwischen Arabern und Juden in Palästina haben in den letzten beiden Wochen die Weltöffentlichkeit in hohem Maße beschäftigt. Ihren unmittelbaren Anlaß bildete der Streit um die Klagenauer in Jerusalem.

Die Klagenauer ist der einzige noch lebende Rest des alten jüdischen Tempels. Sie gilt deshalb als größtes Heiligtum oder gläubigen Juden. Seit Jahrhunderten pilgern diese an ihr zu beten und die Heimatlosigkeit des Judentums seit dem Verlust Jerusalems zu beklagen. Die Klagenauer ist gleichzeitig aber auch ein Teil der bekannten Omar Moschee. Diese Moschee ist, auf der Stelle des alten Tempels errichtet, nicht nur das höchste, sondern auch das größte und bedeutendste Heiligtum der mohammedanischen Welt nördlich der Kaaba in Mekka. Wer von den Anhängern des Propheten nicht zu dieser pilgern kann, der besucht wenigstens einmal im Leben den heiligen Fels in Jerusalem. Die Folge davon sind dauernde Streitigkeiten zwischen Arabern und Juden. Die Juden fordern für sich das Recht der freien Religionsausübung, die Mohammedaner aber machen Eigentumsrechte geltend, denn die Mauer ist religiöser Besitz des Islam. Solche Streitigkeiten gab es auch schon zu Zeiten der türkischen Herrschaft. Zur spielen sie damals keine Rolle. Das hat sich seit dem Kriege geändert. Der Krieg liegt in der jungen politischen Entwicklung Palästinas.

Palästina ist seit dem Kriege Mandat des Völkerbundes. Es wird in dessen Auftrage von England verwaltet, dessen Aufgabe es sein soll, die Bevölkerung zur Selbsterhaltung zu erziehen. Diese Regelung der haatrechtlichen Stellung Palästinas wurde seinerzeit von England gemacht, um auf diese Weise um Verdrängungen zu kommen, die es während des Krieges sowohl den Arabern als auch den Juden gemacht hatte. England hatte den Arabern im Jahre 1916 ein selbständiges proarabisches Reich versprochen, das alle Teile der arabischen Welt in sich vereinigen sollte. Es hatte ein Jahr später in der bekannten Balfour-Deklaration aber auch den Juden die

Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina zugesagt. Belbes ließ sich nicht miteinander vereinen. Die Balfour-Deklaration wurde die Quelle einer gewaltig anwachsenden Bewegung in der Judenheit. Ein Strom hoffnungsvoller und opferbereiter Menschen flutete nach Palästina. Die Zahl der Einwanderer stieg von 7421 im Jahre 1923 auf 31 650 im Jahre 1928. Bis zum gleichen Jahre wuchs die Zahl der in Palästina lebenden Juden, die vor dem Kriege nur 55 000 betragen hatte, bis auf rund 140 000, die Zahl der jüdischen Siedlungen auf über 100 gegenüber höchstens 30 vor dem Kriege; die Einwohnerzahl von Tel Aviv, der einzigen rein jüdischen Stadt der Welt bei Jaffa, von knapp 15 000 im Jahre 1922 auf über 34 000. In Jerusalem entstanden eine jüdische Universität, Fabriken und großartige Elektrizitätswerke wurden geschaffen und die Grundlagen zu einer Industrialisierung Palästinas gelegt.

Die folgenden Jahre brachten zwar erhebliche Rückschläge. Diese Rückschläge aber können heute wohl als überwunden gelten. Besonders nachdem auf dem letzten Zionistentag in Zürich Mitte August die Einigung des Gesamtsyndikats über Palästina ge-

lungen ist. Alles dies ist natürlich auf die Araber, die mit 650 000 Angehörigen die bei weitem überwiegende Masse der Bevölkerung Palästinas ausmachen, nicht ohne Eindruck geblieben. Die Araber, an sich bereits erbittert über die Nichterfüllung der ihnen während des Krieges gemachten Versprechungen, sehen, wie das jüdische Kolonisationswerk in Palästina sich immer mehr ausbreitet, wie die jüdische Kolonisation und die werdende jüdische Industrie ihnen immer mehr den Boden wegnehmen beginnt. Sie fürchten um ihre Existenz und bürmen sich dagegen auf, sich von einem Bevölkerungselement, das heute erst eine verschwindende Minderheit ist, beherrscht zu lassen. Der arabisch-jüdische Gegensatz, der bereits vor dem Kriege bestand, nahm damit ausgeprägter nationalitätlichen Charakter an. Er wurde zu einem Kampf um den Boden Palästinas und schuf damit eine Spannung, die jetzt ihren gewaltigen Ausbruch erfahren hat.

Es wird nicht leicht sein, diese Spannung wieder zu beseitigen und eine Lösung zu finden, die Araber und Juden befriedigt. Sie muß aber gefunden werden, wenn Ruhe und Ordnung in Palästina wiederhergestellt sollen.

## Die kleinen Städte.

Lehthn wurde hier des alten Brandenburgs a. d. Havel gedacht; wir müssen heute noch einmal auf diese Stadt zu sprechen kommen. Sie hat die Feier ihres tausendjährigen Bestehens auf die trefflichste Weise begangen; indem sie dem Geiste einer neuen Zeit tatkräftig zur Verwirklichung verhalf. Sie übergab eine neue Brücke, die Jahretausende brück, dem Verkehr und legte gleichzeitig den Grundstein zu einem Schwimmbad, das den Namen Friedrich Eberts tragen wird und das nur Teil einer größeren Anlage, des Wohlfahrtsforums, ist. Die neue Brücke, über die als erste Passanten die Automobile und Fuhrwerke der Brandenburger Fabriken und Geschäfte unter Voranfahrt der Straßenbahnen, der Omnibusse, der Postwagen, der Wagen der Feuerwehre feierlich gezogen sind, schwingt sich in zweibewährter, elastischer Linie über den Fluß; sie hat nichts gemein mit der mittelalterlichen Backsteingotik, die den

architektonischen Ruhm der märkischen Kurfürstentümer bedeutet. Und doch ist diese Brücke, frei von allem Kammernschmuck, aufs engste verknüpft mit dem Bauernruf der mächtigen Dome und der Rathhäuser, die so zwingend das Wesen einstiger bürgerlichen Gemeinshaftens zum Ausdruck bringen.

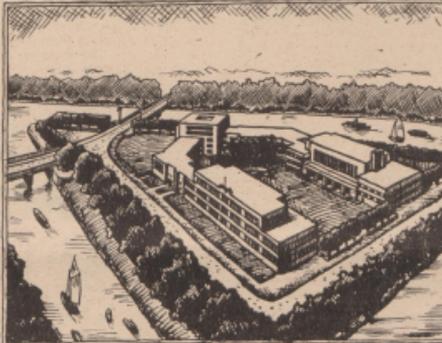
In noch höherem Maße wird das Wohlfahrtsforum, das im nächsten oder übernächsten Jahre fertig angebaut ist, eine imponierende Gruppenstadt beurteilt werden. Das ist im besten Sinne angeordnete Verfassung. Das ist die Verwirklichung eines neuen Gefühls für Menschlichkeit und Menschenwürde, wenn, um nur noch ein zufälliges Beispiel zu nennen, die Stadt Kudenwalde, die kaum mehr als 25 000 Einwohner zählt, ein Krankenhaus gebaut hat, in dem es keine Klassenunterschiede mehr gibt, wo vielmehr jeder den Raum und die Kost erhält, die seiner Genesung dienen. Auch ein Stadtbad hat Kudenwalde geschaffen, schlank und licht aus Sachreinem gefügt, selbstbewußt und freundlich, gleichfalls ohne Klassenunterschiede. Jedes Mannbad kostet 50 Pfennige. In solchen Leistungen der produktiven Selbstverwaltung und der praktischen Gleichheit aller Bürger werden die kommenden Kommunalwahlen sich entscheiden.



Das neue Straßenbrücke in Badenwalde



Das neue Stadtbad in Kudenwalde



Das „Wohlfahrtsforum“ der Stadt Brandenburg; nach dem Modell



Die neue Seilbrückenbrücke in Brandenburg a. H.

**Bei Erkältungskrankheiten, Rheuma, Gicht, Njras, Nerven- und Kopfschmerzen, haben sich L-asol-Tabletten hervorragend bewährt. Sie unterstützen schnell, anstrengend über 5000 Schritte die hervorragende Wirkung des L-asol. In mehreren hundert deutschen Apotheken wird neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit bevorzugt: L-asol kann daher mit vollem Vertrauen genommen werden. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. 9/29. 1.40. 6,46 Chis. 12,6 Läh. 74,8 Acid. sal. ad 100 Amyl.**

**Deutsche**  
kauft nur  
**deutschen Holz**  
10 Pfd. Scheuder-  
holz fr. Kmb. frei,  
für 14 Mk. versendet  
**EBERMEYER**  
Unterhosingen (Bay.)

**Ohne Anzahlung**  
**Teppiche**  
Stapp-  
Djwan-  
Tisch-  
Decken  
Läufer  
Sprechapparate  
Diskrete Abwicklung, Vers. Sie  
schofort bewusstezte Offerte,  
Versand nach auswärts kostenfrei.  
**Deutsche Teppich-Vertriebs Ges.m.b.H.**  
Berlin W.8. Kronenstr. 66/67  
Beante 5%, Rabatt.

**„Diana“ Draht-  
Matratzen**  
Bestellen, Polster  
Preislste umsonst.  
**JOH. NIC. DEHLER**  
Coburg 15

**BRIEFMARKEN!**  
Auswahlhefte jeder Art mit sehr billigen Preisen  
stehen ersatzlosen Bannern ganz zur Verfügung.  
Bestellen Sie meine Auswahlhefte.  
**S. W. Hess, Frankfurt a. M., Goethestraße 2.**

**Briefmarkensammler**  
verhängt sof. Pro-  
benummer seiner  
größten Fach-  
schrift mit wert-  
voll. Mitteilungen  
„Die Post“ Berlin N 18  
Friedrichstraße 131 d

**Möbel**  
weil gut und billig nur bei  
**Winterfeld,**  
Große Frankfurter Str. Nr. 29.  
Haltestelle: Andreasstraße.

**Silberbestecke**  
ohne Anzahlung gegen  
regelmässige Monatsraten,  
**E. & C. HARTHOFF**  
Niederstr. 44  
Stahlwaren-Fabrik  
u. Silberwaren  
Bergedorf 1823,  
Katalog gratis u. Franko.

**Tafel-Bestecke**  
12  
MONATS-RATEN  
**Raddatz**  
Berlin, Leipzigerstr. 102-103

**Abessinierbrunnen**  
kann jeder  
selbst aufstel-  
len. Manschet-  
ten u. Klappen  
sow. sämtliche  
Ersatzteile, für  
alle Pumpen  
passend, sofort  
lieferbar.  
Illustrierte Preisliste gratis.  
**A. Schepmann, Pumpen-  
fabrik, Berlin N 20, Chaus-  
seestraße 88**

**Godolano**  
Die erprob. Pianofabrik H. Graf  
liefert ihre mit gold. Med. ausge-  
zeichneten Pianos direkt an Beante.  
**Meister-Instrumente**  
Vollpanzer-Edelholz, lang. Gar.  
Beante erh. Sonderoff. Freilias  
Lieder, ganz geringe Monaster.  
Kat. 13 u. Beilage v. d. Fabrik  
H. Graf, Augustsberg 1. Rzesz.

**Haus Louis Schönfeld**  
bei Sande (Elbe) über  
Schönhausen. Neuzelt-  
lich einger. Haushal-  
tungspension in herrl.  
Walddg. bietet 10 je.  
Mädchen ein gemütl.  
Heim, in dem ihnen neb.  
grü. hausw. Ansbildg.  
Gelegenh. gebot wird,  
sich in Liter., Klav. u.  
deutsch. Sprache zu ver-  
vollkommen u. Eichter,  
Vorstell., staatl. geprüft.  
Prospr. geg. Rückporto.

**Zeitgemässe Möbel**  
zu unerhört billigen Preisen  
nur im  
**größten Möbelhaus**  
des  
**Südostens**  
**Moritz Kirschowitz,**  
Skalitzer Str. 25  
Hochbahn Kottbuser Tor  
Andreasstr. 30  
Nähe Markthalle

**Wir vermieten**  
voraussichtlich  
zum 1. 11., 1. 12. d. J.  
**1 1/2 - 2 1/2 Zimmer-  
wohnungen**

**In:**  
**Berlin-Reinickendorf**  
**Pankower Allee**  
**Auskunft:**  
Vermietungsbüro der Deutschen  
Gesellschaft zur Förderung des  
Wohnungsbaues, Gemeinnützige  
Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg,  
Innsbrucker Straße 31a,  
Fernruf: Stephan 5521-23

**42000**  
**Bezieher**

die sich in Reich, Ländern, Gemeinden  
während betätigte  
**22000** Lehrer aller Gattungen  
**10000** Auslandsdeutsche  
**3000** Europas  
**2000** Prominente aus dem politischen,  
wirtschäftlichen und geistigen Leben  
dazu **5000** Amststaben, Konferenz-  
simmer, Lesesäle

**Weit über**

**42000 Leser**  
mit bestem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig,  
werden vom **Heimatdienst** regelmäßig  
erfaßt

**Büder, Reise, Ver-  
kefets- u. Geschäftsreisen  
haben im „Heimatdienst“  
durchschlagenden Erfolg!**

# Der Heimatdienst

hat seinen Bezugspreis seit 1. Januar 1926 nicht erhöht.

Trotzdem inzwischen

**die Papierpreise . . . um 80 Prozent**  
**die Druckpreise . . . um 25 Prozent**  
**die Versandkosten um 50 Prozent**

also die reinen Herstellungskosten um ca. 60 Prozent gestiegen sind. Dazu kommt eine wesentliche Bereicherung des Inhalts, sowohl des Textes als auch der Bilder.

Der Verlag sieht sich also vor die Notwendigkeit gestellt, den Bezugspreis den heutigen Gestehungskosten anzugleichen.

**Ab 1. Oktober 1929 erhöhen wir den Bezugspreis**  
**von 1.25 RM auf 1.80 RM für 1 Vierteljahr**  
**von 5.00 RM auf 7.20 RM für 1 Jahr**  
**Das Einzelexemplar kostet 0.40 RM**

Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Erhöhung allgemein als gerechtfertigt anerkannt und getragen wird.

Die Leistungsfähigkeit einer Zeitschrift steigt mit der Bezieherzahl. Darum bitten wir unsere Leser und Freunde für uns werbend tätig zu sein. Benutzen Sie den beigegeführten Bestellschein, um uns Adressen aufzugeben, an die wir

## Probenummern

senden sollen.

Bevorzugen Sie die

## **Inserenten**

des Heimatdienstes bei Ihren Anschaffungen.

Ich bitte Probenummern der Zeitschrift

„DER HEIMATDIENST“

unverbindlich mit Bezugnahme auf mich an nachstehende Adressen zu senden.

1. ....

2. ....

3. ....

Ort: ..... Name: .....

Datum: ..... Beruf: .....

**Zentralverlag GmbH, Berlin W 35, Potsdamer Str. 41**

